

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, and die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 266.

Donnerstag, den 12. November 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Anklagebehörde.

Zum Entwurf der neuen Strafprozeßordnung.

L.

H. E. Soll die Institution der Staatsanwaltschaft bestehen bleiben, oder nicht wenigstens eine gründliche Reform erfahren? Das ist eine der wichtigsten Fragen, die im Rahmen der vom Reichsjustizamt vorgeschlagenen Revision der Strafprozeßordnung zu erörtern und zu entscheiden ist.

Wir bekennen uns als entschiedene Gegner dieser Einrichtung, weil sie nach unserer Überzeugung unvereinbar ist mit den Grundzügen, auf denen eine der Gerechtigkeit dienende Justiz aufgebaut sein muß. Wir befinden uns damit in Übereinstimmung mit einer schon Jahrzehnte hindurch tätigen Reformrichtung, die sich aus bürgerlichen Elementen, darunter hervorragende Juristen, zusammensetzt. Auch von dieser Seite ist die Staatsanwaltschaft als eine schlimme Entartung des Justizwesens bezeichnet worden. Das Altertum kannte diese Einrichtung nicht; jeder Staatsbürger war befugt, mit einer öffentlichen Anklage unter Geltendmachung des öffentlichen Interesses hervorzutreten, während es im übrigen dem durch Unrecht Betroffenen oder dessen Familiengliedern freistand, gerichtliche Genugtuung zu suchen. Ihren Ursprung hat die Staatsanwaltschaft in Frankreich. Dort hat sie sich entwickelt aus dem fiskalischen Beamtentum, das die Aufgabe hatte, die „königliche Gerechtigkeit“ zu wahren. Bereits im Mittelalter übten diese Beamten auch die strafprozessuale Tätigkeit, die „Wahrnehmung, öffentlicher Interessen“ gegenüber verbrecherischen Handlungen. Nach der von Napoleon I. bewirkten Justizorganisation gilt der Staatsanwalt überhaupt als „Wächter des Gesetzes“.

Die jetzige Organisation der Anklagebehörde ist aus dem Geiste der Polizeiherrschaft entstanden. Mit dem in den Verfassungen der sogenannten Rechtsstaaten anerkannten Grundgesetz, daß die Strafrechtspflege eine unabhängige sein soll, läßt sie sich unmöglich vereinbaren. Nach geltendem Recht ist sie einer geradezu unbegrenzten Beeinflussung durch die oberste Justizbehörde bzw. durch die Regierung unterworfen, ja, die Regierung ist in der Lage, die Staatsanwaltschaft nicht nur in einzelnen Fällen zur Klageerhebung anzuhalten oder von einer solchen abzuhalten, sondern sie sich als Werkzeug im politischen Kampfe dienstbar zu machen, ihr verbindende Direktiven zu geben. Sie steht nicht nur unter der Aufsicht, sondern geradezu unter Leitung der obersten Justizverwaltung des Einzelstaates und in Reichsgerichts-Strafsachen unter der Leitung des Reichskanzlers. Deshalb spricht man zutreffend von einer ministeriellen Staatsanwaltschaft. Als die bestehende Strafprozeßordnung im Reichstag beraten wurde, beurteilte der Rechtslehrer Gneist in seinen „Vier Fragen zur Strafprozeßordnung“ den Staatsanwalt dahin: er sei, „beim richtigen Namen genannt“, nichts anderes als Verwaltungsbeamter, „der an das Staatsregiment gebunden ist“, besonders da, „wo es sich um Kampfe auf politischem Gebiete handelt und der Staatsanwalt als Verteidiger des bestehenden Regiments auftreten muß.“ Gneist sprach die Überzeugung aus, daß die Grundlage des Rechtsstaates erschüttert werde, wenn die Strafverfolgung ausschließlich in die Hände eines Staatsanwalts gelegt werde. Im Plenum des Reichstags verlangte der Abg. Prof. Hänel „Garantien eines Schutzes der bürgerlichen Freiheit“ gegenüber der Staatsanwaltschaft. Die Abgeordneten Miquel und Reichensperger forderten die Einfügung einer Bestimmung in die Strafprozeßordnung, daß der Staatsanwalt bei Erhebung und Begründung einer Anklage nur seiner eigenen Überzeugung zu folgen habe. Dr. Windthorst, der ehemalige hannoversche Kronoberanwalt und Minister, wies aus seiner eigenen Erfahrung auf die schweren Gefahren hin, die für die Unabhängigkeit der Strafrechtspflege dadurch herbeigeführt werden, daß Staatsanwälte gezwungen werden können, gegen ihre innerste Überzeugung der „Staatsraison“ zuliebe zu handeln; ihr eigenes Gewissen zu vergewaltigen. Und der Abgeordnete Dr. Schwarze, sächsischer General-Staatsanwalt, betonte die Notwendigkeit, eine Bestimmung dahin zu treffen, daß den Staatsanwälten eine Weisung zur Unterlassung oder zur Erhebung einer Anklage nicht erteilt werden dürfe. Die Regierung aber ließ durch ihren Vertreter in der Justizkommission des Reichstages verkünden, sie halte fest an der Auffassung, daß der Staatsanwalt verpflichtet sei, auf Anweisung der Justizver-

waltung Anklage zu erheben und die Verurteilung des Angeklagten zu fordern, selbst gegen seine rechtliche Überzeugung, denn die Justizverwaltung müßte die Möglichkeit haben, dem Gerichte und dem Angeklagten gegenüber ihre rechtliche Auffassung durch den Staatsanwalt vertreten zu lassen! Die Regierung legte damals, infolge der Inkonsistenz der Liberalen in dieser Frage, der Staatsanwalt wurde nun erst recht zum Werkzeug des polizeistaatlichen Absolutismus gemacht. Bereits im Jahre 1864 tat der vormalige Dr. Schwarze den Ausspruch: „Da, wo die Staatsanwaltschaft sich dazu hergibt, mit Verleugnung des Rechtsstandpunktes der politischen Verfolgungssucht zu dienen und das Gesetz zum Vorteil der einen oder der anderen Parteimeinung zu beugen, verleugnet sie ihre Aufgabe und schändet sie ihren Beruf.“ Solche Schändung, von der hauptsächlich die Sozialdemokratie betroffen wurde, haben wir wer weiß wie oft erlebt. Auf Anweisung von oben und rechnend mit den Ansichten und Absichten der herrschenden Klasse haben Staatsanwälte politische Prozesse gegen Sozialdemokraten und sonstige „Mißliebige“ angestellt und Verurteilungen herbeigeführt. Auf Befehl der preussischen Regierung unternahm in den siebziger Jahren der Berliner Staatsanwalt Lessendorf die Vergewaltigung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Auf Betreiben der preussischen Regierung fand sich in den achtziger Jahren eine sächsische Staatsanwaltschaft, um einen unerhörten „Geheimbundprozeß“ gegen eine Anzahl Sozialdemokraten ins Werk zu setzen, nachdem die Bemühungen, preussische Staatsanwälte zu solcher Tendenz-Justiz zu mißbrauchen, vergeblich gewesen waren. Und das wollte in Preußen gewiß was heißen!

Aus dem ministeriellen Charakter der Staatsanwaltschaft ergibt sich folgerichtig auch das bei Staatsanwälten so oft beobachtete Bestreben, speziell auf dem Gebiete des politischen Prozesses ganz willkürlich neue Delikte zu konstruieren, die das Gesetz nicht kennt. Man erinnere sich des „Dolus eventualis“, der schon öfter in Majestätsbeleidigungsprozessen eine höchst bedenkliche Rolle gespielt hat, und dem ja auch einmal unser alter Genosse Wilh. Liebknecht zum Opfer fiel. Mit dem Dolus eventualis hat Staatsanwaltschaft die Fingeringe im Gerichtssaale den Begriff der Majestätsbeleidigung in einer Ausdehnung zur Geltung gebracht, die weder der Gesetzgeber gewollt, noch früher jemand geahnt hat.

Es mag richtig sein, was von Verteidigern des ministeriellen Charakters der Staatsanwaltschaft bemerkt worden ist, daß diese nur in seltenen oder verhältnismäßig seltenen Fällen direkte Anweisungen des Ministers enthält. Das vermindert die Bedenklichkeit ihres Charakters als eine der Disposition des Ministers unterliegende, von ihm abhängige Anklagebehörde nicht im geringsten. Sie bedarf solcher Anweisungen gar nicht, um ganz im Geiste und nach Wunsch des zeitigen Ministeriums sich zu betätigen. Gneist in seiner schon zitierten Schrift meint zutreffend, ein Staatsanwalt müsse ein „unglaublich geringes Maß von Einsicht besitzen“, um die Lage der Sache nicht zu begreifen und danach zu handeln. Er braucht über die politischen Ansichten und Absichten des Ministeriums, dessen Diener er ist, nicht erst offiziell unterrichtet zu werden, um seiner „Pflicht“, die Regierung in ihrem politischen Kampfe durch Anstellung von Prozessen zu unterstützen, so ausgiebig wie nur möglich zu genügen. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Praxis, die Staatsanwaltschaft als Werkzeug politischer Verfolgungssucht zu mißbrauchen, ein verächtliches und gefährliches Strebertum züchtete, das unter dem Deckmantel der „Ordnungspolitik“ und der „staatserhaltenden Prinzipien“ sich zu wetteifernder Liebedienerei vor den reaktionären Gewalten erniedrigte um der Auszeichnung und Beförderung willen. Besonders die sozialistengesellschaftliche Zeit war eine diesem Strebertum sehr günstige.

Die vorliegende Novelle zur Strafprozeßordnung läßt den ministeriellen Charakter der Staatsanwaltschaft völlig unberührt; mit keinem Worte geht sie auf ihn ein; sie will ihn bestehen lassen. trotzdem die Regierung weiß, daß dieser Charakter dem Rechtsbewußtsein des Volkes stets widersprochen hat und daß er stets entschieden bekämpft worden ist, und trotzdem sie sich sagen muß, daß die Opposition bei der Beratung des Entwurfs wieder scharf hervortreten wird. Wenigstens von sozialdemokratischer Seite. Ob sich im Reichstag unter den Liberalen und Zentrumsleuten heute noch Männer finden werden, die, wie in den siebziger Jahren Hänel, Miquel, Windthorst, Reichensperger u. a. die Abschaffung der ministeriellen Staatsanwaltschaft fordern, erscheint uns sehr zweifelhaft. Um so nachdrücklicher wird die Sozialdemokratie diese „Frage“ behandeln müssen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Und Bülow?

Das völlige Verlangen der bürgerlichen Mehrheit am ersten Interpellationstage hatte das Interesse des Publikums an den Verhandlungen etwas abflauen lassen. Immerhin war der Andrang noch sehr groß, und Haus und Tribünen waren dicht besetzt.

Der Anfang des zweiten Verhandlungstages war nicht sehr vielversprechend. Der dicke Camp, der neu gekehrte Gutsherr von Massauen, sprach mit behäbiger Ruhe über die Blamage, immerhin fand er Tadelsworte über die Rückgratsschwäche der unterschiedlichen Nachfolger Bismarcks. Vom einem parlamentarischen Regiment aber will der Sprecher der Reichspartei nichts wissen, der mit banaler Kriegervereinsphrasen seine Ausführungen schloß. Wenig Neues bot die folgende Rede, die der alte freisinnige Schrader hielt. Dem guten Paarungspreis passierte sogar das Malheur, sich irrtümlich gegen das sozusagen noch auf dem freisinnigen Programm stehende parlamentarische Regime auszusprechen. Ein paar derbe Bierweise des Antisemiten Zimmerman erheiterten das Haus, hoben aber die Beratungen auf kein höheres Niveau. Erst Conrad Hausmann, der schwäbische Demokrat, gab der Beratung einen höheren Schwung. Hausmann war nicht daran, sich auf den Pfaden Eugen Richters in der Wüstenei über Sozialistenbekämpfung zu verlieren. Aber der Schrecken über die Blockfrüchte, die nach Payers und Müller-Meiningsen Art schmackhaft zu finden ihn kein gefunder demokratischer Instinkt bewahrte, hieß ihn umkehren von dem verhängnisvollen Wege. Er gehörte zu der kleinen freisinnigen Minderheit, die gegen die Borussifizierung des deutschen Vereinsrechts stimmt und behandelte auch diesmal die Sache von einem weit höheren Gesichtspunkte aus, als ein Wiener es vermochte. Conrad Hausmann hat begriffen, daß jetzt der Zeitpunkt für die Eroberung des Parlamentarismus gekommen ist. Hier freilich endet seine Einsicht. Er verfällt sogar in den Kaiserfehler, mit schönen Worten gegen reale Interessen streiten zu wollen und verucht die Konservativen zum Parlamentarismus zu bekehren. So endete die kraftvolle Demokratentrede mit der Empfehlung einer byzantinischen Abreise, zu der die bekannte Rundgebung des Staatsrechtsgelehrten Mirbach und Genossen das Konzept liefern sollte.

Man kann nicht Trauben ernten von dem Dornbusch und nicht Feigen von den Disteln. Mehr oder minder sind alle bürgerlichen Parteien mitschuldig am persönlichen Regiment. Dies nachzuweisen war der vorzüglichsten und formvollendetsten Rede des Genossen Heine vorbehalten. Bismarck, die Antisemiten, die Freisinnigen, das Zentrum, der Block, alle haben nacheinander den Bauchrutsch vor dem persönlichen Regiment vollführt. Sie klagen jetzt, weil eine Rute sie züchtigt, die sie selbst zu binden gehoffen haben. Nur die Sozialdemokratie hat sich stets vom Byzantinismus ferngehalten und kann jetzt ohne Schadenfreude aber mit Genugtuung konstatieren, daß ihre Forderung auf Eindämmung des Absolutismus noch vor ein paar Jahren als verrückt verschrien, jetzt bis weit in die Kreise der Konservativen hinein akzeptiert wird.

Bülow wohnte dem größeren Teile der Verhandlung bei. Aber er sprach nicht, obwohl so ziemlich alle Redner ihn zum Sprechen animierten. Die Junge des Redseligen ist vertrocknet. Statt seiner sprach sein neuester auswärtiger Adjutant v. Kiderlen-Wächter in genauer Anlehnung an jenen preussischen Geheimrat, der nach Franz Ziegler sich 1848 darüber wunderte, wie denn das Volk Revolution machen könne, da doch alle Aktenstränge in bester Ordnung seien. In einem Meer von Gelächter ging Kiderlens Rede unter. Aber die Niederlage seines Gehilfen bewog Bülow ebensovienig zum Sprechen, wie die spitzigen Pfeile seiner Gegner.

Für unfreiwilligen Humor sorgten schließlich noch ein paar Redner der Rechten, der Millionär v. Dirksen, der die verflozene Königin Luise in sämtliche Debatten zu ziehen pflegt und dieser Angewohnheit auch jetzt frönt, der polierliche Januschauer Oldenburg, der das Bedürfnis empfand, dem Hause von der Bestimmung seines Herzblutes zu erzählen und der Antisemit Lattmann, der die von seiner Partei vorgeschlagene Reichstagsadresse an den Kaiser im voraus als „rückgratlos“ charakterisierte, — er hatte natürlich „rückgratlos“ sagen wollen.

Die Adresse der Antisemiten kommt nicht auf die Donnerstags-Tagesordnung. Wir waren dafür, sie darauf zu legen, natürlich ohne unsere Zustimmung über die Adresse selbst festzusetzen. Auch die Freisinnigen waren dafür und die Polen. Die Konservativen aber wollen nicht; sie hatten schon zuvor durch Normanus schnarrendes Sprechorgan kurz und bündig mitteilen lassen, daß sie keine Lust mehr haben,

über die Affäre zu reden. Die Solidarität zwischen Thron und Thronerben ist noch nie derart klar zutage getreten. Aber auch das Zentrum wollte nichts von Beratung der Adresse wissen. In seinem Eifer, sich wieder mit den Konservern zu verbünden, hat es sogar die Änderung der Geschäftsordnung vergessen, die es selbst zur Zeit der Zollwuchererkämpfe unter Bruch der Geschäftsordnung durchgesetzt hat. So fiel der antisemitische Antrag und das Haus wird sich am Donnerstag in geheimer Beschlusssitzung mit allerhand kleinen Vorlagen beschäftigen.

Die neueste Kaiserrede.

Auch in demselben Moment, in dem im Reichstage über die voreiligen und häufig wenig überlegten Reden des Kaisers debattiert und ein einmütiges Verdikt gefällt wurde, hat der Kaiser eine neue Rede in Manzell am Bodensee gehalten. Die Rede ist diesmal nicht politisch, aber sie bewegt sich in denselben Uberschwänglichkeiten und Superlativen, die dem Kaiser nun einmal in seinen Äußerungen eigen sind. Zepelin, an den die Rede gerichtet war, ist der „größte Deutsche des 20. Jahrhunderts“. „Das deutsche Volk muß Gott danken, daß ihm Zepelin beschieden wurde“ usw. usw.

Nicht mit Unrecht bemerkt das „Berliner Tageblatt“ in seiner gestrigen Abendausgabe zu dieser neuen Rede:

„Der Reichskanzler hat in der vorsichtigen, aber doch von einer bemerkenswerten Resignation durchwehten Verteidigungsrede, die er gestern hielt, die Hoffnung ausgesprochen, der Kaiser werde sich künftig auch in privaten Rundgebeten diejenige Zurückhaltung auferlegen, die für die Politik, aber vor allem auch für die Autorität der Krone unerlässlich sei. Die Superlative von Manzell zeigen, daß die Hoffnungen des Reichskanzlers doch nur auf recht schwachen Füßen ruhen. Sie sind ein neuer Beweis, daß der Kaiser wie in politischen Dingen und wie in seinen Anschauungen über die Kunst, so auch in seiner Wertung der geistigen Kräfte innerhalb seines Volkes seine persönliche Meinung mit absolutistischer und apodiktischer Bestimmtheit nach wie vor als ein Axiom hinstellt, das für das Land und für die Welt allein maßgebend sein soll. Und daß solche Rede gerade in solcher Stunde gehalten werden konnte, ist ein immerhin beachtenswertes Zusammentreffen.“

Die Zunker drohen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, daß der Bundesrat geneigt sei, bei der Nachlasssteuer die Steuerfreigrenze bis auf 100 000 Mark hinauf zu setzen, falls dadurch die Nachlasssteuer gerettet werden kann. Das Sprachrohr der Agrarier bemerkt dazu:

„Für uns ist diese Frage von untergeordneter Bedeutung. Unsere grundsätzlichen Bedenken gegen die Nachlasssteuer als solche werden dadurch nicht berührt. Was aber die taktische Seite der Angelegenheit anlangt, so wird durch die Steuerbefreiung, gleichviel bis zu welcher Höhe sie eintreten soll, ein Keil zwischen den Großen und Kleinen getrieben, und das würde in hohem Maße bedenklich sein. Die verbündeten Regierungen werden gut daran tun, jetzt schon damit zu rechnen, daß die Nachlasssteuer in keiner Form Gesetz wird.“

Ein erfreulicher Kommunalwahltag.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Breslau hat unsere Partei drei Mandate gewonnen. Unsere Stimmenzahl ist von 3216 auf 5511 Stimmen gestiegen. Außerdem ist die Partei an zwei aussichtsreichen Stichwahlen beteiligt. Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten beträgt jetzt 5, und zwar sind die Genossen Heimann, Albert und Neukirch neu gewählt.

Proteste gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer.

Die Vertreter von dreißig Städten und Gemeinden des Großherzogtums Hessen, die im Besitz von Elektrizitäts- und Gaswerken sind, beschloßen auf einer Versammlung in Darmstadt einstimmig, in einer durch den Bürgermeister Dr. Sutor-Alzen begründeten Eingabe gegen die Elektrizitäts- und Gassteuer bei der heftigen Regierung, dem Bundesrate und dem Reichstage zu protestieren.

Die Sonneberger Handelskammer hat sich ebenfalls entschieden gegen diese Steuer ausgesprochen.

Ferner nahm eine zahlreich besuchte Versammlung der selbständigen Klempner und Installateure in Berlin eine Protestresolution an, in der es heißt: „Circa 600 selbständige Installateure, Klempner und verwandte Berufscollegen Berlins und Umgegend, welche heute im Festsaal des neuen Lehrervereinshauses versammelt sind, erheben Protest gegen das von der Regierung vorgeschlagene Gas- und Elektrizitätssteuergesetz. Elektrizität, wie auch Gas dienen gerade den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern nicht nur als Licht-, sondern auch als Kraft- und Produktionsmittel. Die Verteuerung von Gas und Elektrizität würde deshalb unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber den kapitalstärkeren Großbetrieben weiter schwächen.“

Köllers Nachlaß.

Köller ist aus dem Elsaß geschieden; sein Nachlaß wird zurzeit geordnet. In der Verfassungsfrage hat er nun einen echten Köller hinterlassen. Er soll, wie der Straßburger Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ bestimmt zu wissen angibt, einen Reformvorschlag ausgearbeitet haben, der vor allen Dingen die Ausschaltung des Reichstages als gesetzgebender Körper für Elsaß-Lothringen bringen soll. Weiter soll der Landesauschuß den Titel Landtag erhalten, auch soll ihm das Interpellationsrecht gewährt werden. In der Wahlrechtsfrage wollte Köller sogar das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gewähren, aber nur für die 20 Landkreise, in denen jetzt die Abgeordneten durch aus den Gemeinderäten hervorgehenden Wahlmännern gewählt werden. Die Abgeordneten der 4 großen Städte Colmar, Metz, Mühlhausen, Straßburg sollen nach wie vor durch die Gemeinderäte selbst bestimmt werden und auch die 34 aus den Bezirken hervorgehenden Abgeordneten sollen weiter beibehalten bleiben. Diese „Reform“ ist, wie

gesagt, ein echter Köller. Die für das allgemeine Wahlrecht in Betracht kommenden 20 Landkreise würden kaum jemals einen fortschrittlichen bürgerlichen Kandidaten, geschweige denn einen Sozialdemokraten, wählen. In ihnen herrscht der Merkantilismus oder der orthodoxe Protestantismus unbedingt vor, sodaß durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts hier so gut wie gar nichts gebessert würde. Gegenüber diesem zweifelhaften Fortschritt bringt nun die Köllersche Reform einen entschiedenen Rückschritt in der Ausschaltung des Reichstages. Heute kann der Reichstag jederzeit in die inner-elsaß-lothringischen Verhältnisse hineintreten. Das wäre nach der Durchführung der Köllerschen „Reform“ nicht mehr möglich. Die Herrenreaktionäre im Landesauschuß könnten tun und lassen, was sie wollten. Daß die Sozialdemokratie des Reichslandes eine „Reform“ aufs entschiedenste bekämpfen wird, steht ohne Zweifel fest. Auch die Liberal-Demokraten haben dieser Tage durch ihre Führer erklären lassen, daß für sie nur das allgemeine Wahlrecht für das ganze Land in Frage kommen kann. Ganz einig sind sich die Herren aber selbst nicht. Ihr Mühlhäuser Klitzgel macht nicht mit. Die Merkantilen hingegen, die in den Städten nichts zu holen haben, werden dem Köllerschen Entwurf mit Freuden zustimmen. Auch die Lothringer dürften für ihn zu haben sein. Die Frage ist allerdings die, ob die jetzige Regierung den Köllerschen Wechselbalg überhaupt vorlegen wird. Tut sie das, so wird sie auf den entschiedensten Widerstand des elsass-lothringischen Bevölkerung stehen. Sache des Reichstages wird es dann sein, dem Volke Elsaß-Lothringens zu seinem Rechte zu verhelfen. Aber freilich, was ist von einem Blockreichstage Gutes zu erwarten?

Die Entwicklung der Zigarrenindustrie unter der Vandalensteuer in Rußland.

Die Zigarrenindustrie in Deutschland hat alle Veranlassung, der deutschen Regierung ihren Dank auszusprechen für das der Vorlage beigelegte statistische Material. In Hand desselben ist es geradezu ein Kinderpiel, der Regierung zu beweisen, daß ihre Vorlage einfach unannehmbar ist. Erstaunlich ist nur, daß die Herren Geheimräte, welche das Material zu bearbeiten hatten, die Regierung nicht darauf aufmerksam gemacht haben, daß die von ihnen zusammengestellten Statistiken für die Regierungsvorlage geradezu vernichtend wirken müßten.

Beginnen wir mit einem Vergleich zwischen Rußland und Deutschland.

Die statistischen Angaben befinden sich auf pag. 66, 67, 89, 108, 150 und 152 der Vorlage.

	Bevölkerung.	Gesamtverbrauch an Tabak Kgr.	Verbrauch an Pfeifen-, Rauch- und Schnupftabak Kgr.
	Millionen.	Millionen.	Millionen.
Rußland	1906: 140	1904: 84,2	1904: 77
Deutschland	1906: 61,8	1904: 92,5	1907: 85,7

	Zahl der angefertigten Zigarren	Zahl der angefertigten Zigaretten
Rußland	1904: 157 000 Mille	1904: 11 818 000 Mille
Deutschland	1907: 8 270 000	1907: 5 800 000

	Zahl der Betriebe	Zahl der Tabakarbeiter	Zahl der Zigarrenarbeiter
Rußland	1904: 262	1904: 35 108	1904: 2 517*
Deutschland	1895: 20 933	1907: 165 337**	1907: 137 997**

Was beweisen diese Zusammenstellungen?

Trotz der mehr als doppelten Bevölkerungszahl in Rußland beträgt die Zahl der Betriebe nur 1 Prozent der Betriebe in Deutschland; die Zahl der angefertigten Zigarren und der Zigarrenarbeiter noch keine 2 Prozent gegenüber Deutschland, dagegen werden in Rußland zweimal soviel Zigaretten geraucht und wird mehr als zweimal soviel Pfeifen-, Rauch- und Schnupftabak verbraucht als in Deutschland.

Wahrlich, herrliche Aussichten für die Zukunft der Tabak- und Zigarrenindustrie in Deutschland. Wenn wir auch nicht annehmen, daß sich die Wirkungen der Vandalensteuer in Deutschland in derselben erschreckenden Weise wie in Rußland zeigen werden, so steht doch für uns fest, daß in der Richtung sich allerdings die Entwicklung bewegen und dadurch eine enorme Schädigung der Zigarrenindustrie herbeigeführt werden wird.

Der neue Steuerentwurf und die reichsständischen Gemeindefinanzen.

Der dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf über die Brausteuer enthält als eine Art Entschädigung für die Steuererhöhung die Bestimmung, daß für die kommunale Bierbesteuerung eine Höchststeuergrenze festgelegt wird und zwar auf 2,60 Mk. für einen Doppelzentner Malz oder 0,65 Mk. für einen Hektoliter Bier. In ähnlicher Weise bestimmt bekanntlich auch das Zolltarifgesetz, daß von 1910 ab die Gemeinden keine Abgaben auf Fleisch, Hülsenfrüchte usw. mehr erheben dürfen, eine Gesetzesbestimmung, gegen welche als das einzige Gute am Zolltarif, die bürgerlichen Stadverwaltungen Deutschlands unter der Führung des Oberbürgermeisters Deutinger in Dresden unaufhörlich Aufhebungs- und Verschleppungseingaben machen. In Elsaß-Lothringen würde die vorgeschlagene Festsetzung einer Höchstgrenze von 65 Pfg. pro Hektoliter Bier die oltroierhebenden Stadgemeinden zum Teil noch schwerer treffen, als die erwähnte Bestimmung des Zolltarifgesetzes. Während z. B. in Mühlhausen i. E. mit annähernd 100 000 Einwohnern der Ausfall an Oltroieinnahmen beim Wegfall des Oltrois auf Fleisch im Jahre 1910 rund 350 000 Mark jährlich ausmacht, würde der Ausfall bei Annahme der neuen Brausteuervorlage, nach deren Einführung in Elsaß-Lothringen 400 000 Mk. jährlich übersteigen; denn die Stadt Mühlhausen erhebt an Oltroi für das Hektoliter Bier heute 4,80 Mk. und die besteuerte Menge betrug nach dem letztveröffentlichten städtischen Verwaltungsbericht

* Die durchschnittliche Jahresleistung eines Zigarrenarbeiters mit 60 Mille gerechnet.

** Berichtigte Zollarbeiter nach dem Bericht der Tabak-Versegerschaft.

im Jahre 1905 nicht weniger als 102 750 Hektoliter, was einen Ertrag von 493 202 Mk. lieferte. Ein Steuermaximum von 65 Pfg. pro Hektoliter würde aber nur 66 787,05 Mark ergeben haben. Der Ausfall ist so bedeutend, daß er hier über 30 Prozent neue Gemeindeforschüsse auf die direkten Steuern erforderlich machen würde mit den Zuschlägen, die durch die angelegenen Bestimmungen im Zolltarifgesetz für 1910 erforderlich werden, 55 bis 60 Prozent Erhöhung der direkten Steuern. Das wäre eine förmliche Revolutionierung der Gemeindefinanzen in den größeren Städten Elsaß-Lothringens — eine Lastenverföhrung allerdings, die wir Sozialdemokraten als Gegner der indirekten Steuern und somit auch des städtischen Oltrois grundsätzlich nur begrüßen könnten. Wiederum das einzige Gute, was die neue Brausteuervorlage bringt, und was, wenn die halbe Milliarde neuer Steuern bewilligt ist, gerade von den sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die wieder mit Sicherheit zu erwartenden Verschleppungseingaben der Anhänger des indirekten Steuersystems in den Gemeinden wird verteidigt werden müssen.

Die Vorlage will die Einbeziehung Elsaß-Lothringens in den Geltungsbereich des Brausteuergesetzes besonderem Bundesratsbeschlusse vorbehalten, „sobald feststeht, daß dies dem Interesse Elsaß-Lothringens nicht zuwiderläuft“. Der elsass-lothringische Landesauschuß hat also das Privilegium auch noch nach Annahme der Brausteuervorlage im Reichstag, gegen deren Einführung in Elsaß-Lothringen Vorstellungen machen zu dürfen. Es ist zu erwarten, daß er hierbei auch auf die einschneidenden Wirkungen des Gesetzes für die oltroierhebenden Städte hinweist. Welt nützlich und notwendiger aber wäre es, daß dieses zum Teil aus einem zweifachen Sieb indirekter Wahlen hervorgehende Klassenparlament endlich seinen Widerspruch gegen die Einkommens- und Vermögenssteuer mit Kommunalabgabengesetz aufgibt.

Rußland.

Die jüngste Leistung Nikolaus II. Der „Selbstherrscher aller Reußen“ hat vor kurzem ein neues Zeichen seiner erstaunlichen „Intelligenz“ und politischen „Einsicht“ geliefert. Auf dem Bericht des Oberprokurators des heiligen Synods über die Beschlüsse des im Juli in Kiew stattgefundenen Missionärkongresses „gerühmte“ Nikolaus II. am 13. September zu vermerken: „Erfreulich.“ Um diese Tat würdigen zu können, muß hervorgehoben werden, daß dieser Kongreß an ungezügelter Wildheit und Rohheit alles überbot was selbst auf den edrussischen Pogromistenkongressen geliefert wurde. Die reaktionärsten Blätter (ausgenommen die Pogromistenpresse) fanden Worte der Verurteilung für die maßlose Predigt des Menschenhafes und den schrankenlosen Stumpfsinn, die den Kongreß auszeichneten. Der Zar jedoch, der hohe Protektor der Pogromisten, tat der ganzen Welt kund, daß diese Predigt, dieser Stumpfsinn ihm „erfreulich“ seien, damit kein Zweifel darüber bestehe, wem die Sympathien des „konstitutionellen“ russischen Zaren gehören.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 12. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmüller) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grünmühle.

Achtung Zimmerer! Aber das Geschäft des Zimmermeisters Raumann in Echork ist seitens der Zahlstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmüller) Mädel, Hackenburger Allee Nr. 51, Fabrik, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Gärner u. Heidenreich: Künsthäuser Nr. 21—23, Grünmühle in der Hafenstraße, Sielbau Markt, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Sielbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Gärner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten K. Mädel und K. Fab in Künsthäusern und über den Bau Hafenstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Diejenigen Parteigenossen, welche ein Protokoll des Nürnberger Parteitage bestellt, dasselbe jedoch noch nicht in Empfang genommen haben, werden ersucht, das Protokoll möglichst bald im Parteisekretariat abzuholen.

Der Bürgerauschuß erteilte in seiner gestrigen Sitzung einem Senatsantrag, der die Verlegung der Mühlklinger Allee vom Töpferweg bis zur Littenstraße, des Töpferweges von der Georgstraße bis zur Mühlklinger Allee, der Georgstraße vom Töpferweg bis zur Mühlklinger Allee und einer Strecke der Mühlklinger Allee mit elektrischem Lichtfuß mit einem Kostenaufwand von 4400 Mk. verlangt, seine Mitgenehmigung. Die Aufhebung des Artikels 34 des Interdiktgesetzes wurde gutachtlich befürwortet. An eine fünfgliedrige Kommission wurde der Senatsantrag betr. Anstellung eines vierten Senatssekretärs sowie Erhöhung der Gehälter der Senatssekretäre und des Staatsarchivars verwiesen. Die Notwendigkeit, diesen schon recht gut bezahlten Beamten eine weitere Erhöhung ihrer Bezüge zu gewähren, können wir absolut nicht einsehen. Da gibt es doch wohl andere Leute, deren Gehälter weit eher verbesserungsbedürftig sind.

Die Amtseinführung des neuen Senators Dr. Dienau erfolgte gestern in der üblichen Weise. Herr Bürgermeister Dr. Eichendorff hielt zunächst eine Ansprache, in der folgender Rat auskam:

„Mit der zunehmenden Entwicklung der Stadt machen auch die Ausgaben für Schulzwecke, obwohl das Bestreben der Schulverwaltung wie des Senates seit Jahren dahin gerichtet ist, Ersparungen herbeizuführen, die sich namentlich auf dem Gebiete des Volksschulwesens durch die Zusammenlegung der Freischulen und der Fachschulen in erheblichem Maße erreichen lassen. Auch in der nächsten Zeit stehen auf dem Gebiete des Schulwesens manche mit Kosten verknüpfte Neuordnungen bevor. Hierher gehören Änderungen in der Verfassung des Johanneums, dessen Schülerzahl jetzt einen das zulässige Maß übersteigenden Umfang erreicht hat, die Erweiterung des nicht mehr ausreichenden Schulhauses der Realschule, die Vermehrung der Zahl der Mittelschulen, die Teilung des Schulbezirks Küstlich und die Errichtung neuer Schulhäuser daselbst, die weitere Ausbildung der Baugewerkschule, die Umwandlung der Gewerbeschule in eine oblige Fortbildungsschule.“

Während man hiernach bei den höheren Schulen kostspielige Verbesserungen beabsichtigt, sollen auf dem Gebiete des Volksschulwesens erhebliche Einsparnisse auf Kosten der minderbemittelten Volksschichten gemacht werden. Das kennzeichnet die ganze liberale Kommunalpolitik. Und Herr Senator Dr. Lienau antwortete:

Nicht zum Abschluß gebracht ist bisher die geplante Änderung des Unterrichtsgesetzes. Mag auch die Frage, ob Freischule, ob Zahlschule theoretisch in ersterem Sinne zu entscheiden sein, so gebieten doch allein schon finanzielle Erwägungen, daß ein Entgelt für den Unterricht verlangt wird, soweit nicht die wertgeltliche Erteilung des Unterrichts als billige oder geboten im Hinblick auf den geringen Erwerb der Eltern erscheint.

Demnach ist Dr. Lienau ebenfalls für die Befestigung der Freischulen. Wer also geglaubt hat, Dr. Lienau wäre liberaler als die übrigen Senatsmitglieder, der wird arg enttäuscht werden. In seinen Ausführungen meinte Senator Dr. Lienau zum Schluß, daß den Beamten des Staates eine angemessene Lebenshaltung gewährleistet werden müsse. Das ist u. U. selbstverständlich. Für nicht weniger selbstverständlich halten wir es jedoch, daß auch die Arbeiter einen auskömmlichen Lohn erhalten. Davon sagte der Senator natürlich nichts.

Die Militärvereine dienen nach ihrem eigenen Eingeständnis in der Hauptsache der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Deshalb haben wir bereits wiederholt die Arbeitervereine in ihrem eigenen Interesse vor dem Eintritt in die Militärvereine gewarnt. Um nun den Mitgliedererwerb besser betreiben zu können, wird seitens der Militärvereine in der Öffentlichkeit besonders darauf hingewiesen, welche Summen sie zum Zwecke der Unterstützung ihrer Mitglieder ausgeben. Diese Unterstützungsgelder sind jedoch im Vergleich mit den Leistungen der freien Gewerkschaften lächerlich gering. Nun dürfte aber einmal die Frage zu erörtern sein: bringen denn die Mitglieder der Militärvereine die Mittel für die Unterstützungen überhaupt selbst auf? Diese Frage ist teilweise zu verneinen. Fast alle kameradschaftlichen Kriegervereine, die dem Landeskriegerverband Lübeck angehören, veranstalten alljährlich zur Fällung ihrer Klassen Tombolas, die in der Regel einen recht erheblichen Überschuß abwerfen. Natürlich kann es auch im Grunde völlig gleichgültig sein, ob die Militärvereine Lotterien veranstalten oder nicht; das ist lediglich ihre eigene Sache. Interessant ist es jedoch zu untersuchen, wer denn den Militärvereinen die Tombolalose abnimmt und so seine Groschen in die Kassen der Organisationen zur Bekämpfung der politischen und gewerkschaftlichen Vertretungen der Arbeiter steuert. Es sind vielfach dieselben Arbeiter, die gerade als Gewerkschaftler und Sozialdemokraten von den Kriegervereinen bekämpft werden. Sicherlich gibt es wohl nichts Unsinnigeres, als dem erbittertesten Feinde die Munition zur eigenen Bekämpfung zu liefern, und das geschieht leider von vielen Arbeitern — allerdings unbewußt — indem sie ihre Groschen für Tombolalose der Militärvereine ausgeben. Daß das in Zukunft nicht mehr geschieht, dazu werden hoffentlich diese Zeilen beitragen.

Schiedsgericht für Arbeiterverfälschung. Sitzung am 11. November. Die Arbeiterin K. kam am 22. Januar d. J. in den Betrieb der Fischkonservenfabrik von Sch. beim Transportieren von Fischdosen zu Fall. Sie zog sich hierbei eine erhebliche Verletzung des rechten Unterarmes zu. Als Folgen dieses Unfalles bestehen zurzeit noch: Steifigkeit des Ring- und Kleinfingers, Gefäßlosigkeit und allgemeine Schwäche der rechten Hand. Die Rührungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft legte durch einen Bescheid eine Rente von 25 Proz. hierfür fest. Gegen diesen Bescheid hat die Verletzte fristgerecht Berufung eingelegt mit dem Antrage, ihr eine Rente von 50 Proz. zuzusprechen. Sie begründet ihren Antrag mit einer völligen Kraftlosigkeit der rechten Hand. Das Schiedsgericht will zunächst ein Obergutachten von seinem Vertrauensarzt Dr. S. einsehen. — Der Tapezierer B. ist am 6. Januar d. J. abends zwischen 7 und 8 Uhr infolge Statteresses auf einem Geschäftsgange zu einem Kunden, mit dem er über eine auszuführende Arbeit Rücksprache nehmen wollte, zu Fall gekommen und hat hierbei eine Quetschung der rechten Schulter erlitten. Die erwerbsbehindernden Folgen dieses Falles werden von dem behandelnden Arzt auf 30 Woch. geschätzt. Die Hamburger Bau- und Gewerkschaftsgenossenschaft lehnt einen Rentenanspruch des Verletzten, der als Selbstversicherter in das Kataster der Berufsgenossenschaft eingetragen ist, mit der Begründung ab, daß es nicht erwiesen sei, daß der Unfall sich auf einem Geschäftsgange zugetragen habe. Das Schiedsgericht ist jedoch anderer Ansicht und verurteilt die Beklagte zur Zahlung einer Rente von 30 Proz. nach dem von W. bei der Berufsgenossenschaft angegebenen Jahresarbeitsverdienst. — Der Arbeiter F. e. erlitt im Jahre 1904 in der Brauerei von D. einen Betriebsunfall. Es wurden ihm der dritte und vierte rechte Vorderarmel gequetscht, zu gleicher Zeit fand ein Bluterguß im rechten Kniegelenk statt. Nach kurzer Behandlung zeigten sich zunächst keine erwerbsbehindernden Folgen. In der Folgezeit ist er dann von Herrn Dr. P. — a. des öfteren, teilweise ambulant und teilweise als erwerbsunfähig auf Rheumatismus in der linken Hüfte behandelt worden. Erst im Februar dieses Jahres stellte sich heraus, daß bei D. eine linksseitige Hüftgelenkentzündung vorlag. F. führte diese auf den Unfall vom Jahre 1904 zurück und stellte deshalb bei der Brauerei und Mälzerei-Berufsgenossenschaft einen Antrag auf Gewährung einer seinem Zustand entsprechenden Rente. Der von der Berufsgenossenschaft gehörte Oberarzt Dr. R. hält einen ursächlichen Zusammenhang dieses Leidens mit dem im Jahre 1904 erlittenen Unfall für nicht wahrscheinlich, wenn auch eine Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei. Sie lehnt deshalb einen Rentenanspruch ab. Der vom Schiedsgericht gehörte Obergutachter Medizinalrat Dr. K. drückt sich für den Verletzten etwas günstiger aus und schätzt ihn um 35 Prozent erwerbsbeschränkt. Das Schiedsgericht schließt sich diesem an und erklärt die Beklagte für verpflichtet, dem Verletzten eine Rente von 35 Prozent für 23,90 Mk. monatlich zu gewähren. — Der Arbeiter N. ist im Jahre 1901 von einem mit Brettern beladenen Wagen heruntergefallen und hat sich hierbei eine Verletzung der Wirbelsäule zugezogen. Er wurde in der Folge ein Stützfortet tragen und bezog zunächst die Vollrente für diesen Unfall. Im Jahre 1902 wurde die Rente auf 50 Proz. herabgesetzt. Die Fuhrwerksberufsgenossenschaft ließ den Verletzten in den nächsten Jahren des öfteren untersuchen, doch wurde keine Besserung festgestellt. Erst im Jahre 1906 stellte der untersuchende Arzt den Beginn einer Besserung fest und die Berufsgenossenschaft stellte beim Schiedsgericht den Antrag, die Rente auf 30 Proz. herabzusetzen. Das Schiedsgericht lehnte aber diesen Antrag ab und hielt eine Rente von 40 Proz. für angemessen. Jetzt hat sie aufs neue den Antrag, die Rente auf 25 Proz. herabzusetzen; sie stützt sich hierbei auf ein Gutachten des hiesigen Arztes Dr. P., der zwar keine objektive Besserung festgestellt hat, aber aus den Angaben des Verletzten entnimmt, daß er zu mittel-schweren Arbeiten fähig ist. Das Schieds-

gericht hat in einer früheren Sitzung ein Obergutachten von Herrn Medizinalrat Dr. K. beschließen. Dieses kommt zu dem Schluß, daß noch eine Erwerbsbeschränkung von 25—30 Proz. vorliegt, es verurteilt deshalb die Beklagte dem Verletzten eine Rente von 30 Prozent mit 17,55 Mk. monatlich zu zahlen. — Dem Arbeiter N. fiel am 1. Juni 1907 im Betriebe der Hansa-Meierei eine halbgelüllte Milchkanne auf den rechten Fuß; infolgedessen war er bis zum 9. Juli erwerbsunfähig. Er probierte es hiernach zunächst mit leichterer Arbeit; da diese aber schlechter entlohnt wurde wie seine bisherige, so versuchte er es wieder mit schwerer, aber besser bezahlter Arbeit. Die Folge war eine neue Erkrankung des F. und zwar vom 20. Oktober bis 2. November 1907. Für diese Zeit hat die Volkerei- und Brennerei-Berufsgenossenschaft dem Verletzten die Vollrente gewährt, weitere Ansprüche lehnt sie jedoch ab, da nach den vorliegenden ärztlichen Gutachten erwerbsbehindernde Folgen nicht mehr vorliegen. F. hat hiergegen Berufung eingelegt mit dem Antrage, ihm vom 9. Juli bis zum 20. Oktober und vom 3. November bis auf weiteres ein seinem Zustande entsprechendes Entgelt zu gewähren. Der vom Schiedsgericht gehörte Obergutachter Medizinalrat Dr. K. kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß erwerbsbehindernde Folgen nicht mehr vorliegen. Das Schiedsgericht ist der Ansicht, daß der Verletzte in der Zeit vom 9. Juli bis zum 20. Oktober noch nicht voll erwerbsfähig gewesen sei, wie denn auch seine neuerliche Erkrankung beweise, und schätzt diese Beschränkung auf 25 Prozent. Es verurteilt die Beklagte demgemäß zur Zahlung einer Rente von 25 Prozent vom 9. Juli bis 20. Oktober 1907 mit 15,95 Mk. monatlich. — Der Leichtmatrose D. ist mit dem Lübecker Dampfer „Louise Horn“ im vorigen Jahre verschollen. Der in Antwerpen lebende Vater will nun von dem Verschollenen während der letzten beiden Jahre mit 650—700 Frs. pro Jahr unterstützt sein. Er selbst hat etwa 1050 Frs. verdient. Er stellt deshalb an die See-Berufsgenossenschaft den Antrag auf Gewährung der Altsoldatenrente. Diese lehnte aber den Antrag ab mit der Begründung, daß die Unterstützung in der angegebenen Höhe nur behauptet, aber keinesfalls bewiesen sei. Aber auch wenn man dieses als wahr annehme, so habe doch der Verschollene nicht übermäßig für den Unterhalt seiner Eltern gesorgt, wie dies nach der ständigen Rechtfertigung des Reichsversicherungsamts zu verlangen sei. Die hiergegen eingelegte Berufung des D. wird als unbegründet verworfen. — In einem weiteren Falle gegen die Seeberufsgenossenschaft wurde der Termin vertagt, da der verletzte Heizer J. zurzeit in ausländischen Gewässern fährt und deshalb eine neuerliche Untersuchung des Zustandes des J. nicht ermöglicht werden konnte.

Die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen finden in Lübeck im Restaurant Bockenhof (Burgfeld) statt am Freitag, den 13. Novbr. vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestafel 1903. Am Freitag, den 13. Nov. vorm. 11 Uhr für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahrestafel 1904.

pb. Ermittelt wurde der Dieb, der vor einigen Tagen vom Fluß des Hauses Bügstraße 54 ein Fahrrad gestohlen hat, in der Person eines im 13. Lebensjahre stehenden Schulknaben.

pb. Betrug. Festgenommen wurde ein Seemann aus Kopal, der sich des Betruges zum Nachteil eines hiesigen Gasthofbesizers schuldig gemacht hat.

pb. Einbruchsdiebstähle. Aus einer an der Matblumenstraße stehenden Holzbohle sind in der Nacht vom 6./7. d. Mts. mittels Einbruchs gestohlen: 6—7 Stuchbeutel, eine Kneifzange mit der Bezeichnung „W. Schildknecht“, 1 Hohl-eisen, 2 Schneckenbohrer und 1 kleiner Hammer. — In der Nacht vom 9./10. d. Mts. sind aus einem hiesigen Café mittels Einbruchs gestohlen: 1 Brillantring mit einer Rosette, in der Diamantsplitter eingelassen sind, 1 Krönungs-Krönmarkstück, 2 Siegestaler von 1866, 2 neue Lübecker Taler und etwa 40 Mk. Wechselgeld.

pb. Ermittelter Falschradieb. Festgenommen wurde ein hiesiger Seemann, der einem hier wohnhaften Arbeiter sein Fahrrad gestohlen und an einen Boten verkauft hat.

pb. Sittlichkeitsvergehen. Festgenommen wurden zwei Arbeiter, die sich gegen die §§ 173,1 und 176,3 des St. G. B. vergangen haben.

Geflügel-Ausstellung St. Lorenz. In wenigen Tagen findet die zweite große allgemeine Geflügel-Ausstellung des Geflügel-Zuchtvereins St. Lorenz statt. Trotz der vielen Ausstellungen im nahen Umkreis Lübecks sind die Anmeldungen recht zahlreich eingelaufen. Vor allem wird die Güte der einzuliefernden Tiere allem Anscheine nach eine ganz hervorragende sein. Hoffen wir also, daß dieselbe dazu beitragen wird, der Geflügelzucht wieder neue Freunde zuzuführen. Die Zahl der Ehrenpreise beträgt 80. Dieselben werden in den nächsten Tagen im Schaufenster der Firma J. J. Struwe, Breitestraße, zur Schau gestellt. Da die Ausstellung auch in vieler Hinsicht manches Lehrreiche bieten wird, hat die Leitung den Volks- und Mittelschülern in Begleitung ihrer Lehrer freien Eintritt zugestanden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, gelangt Georg Engels Schauspiel „Aben den Wassern“ zur nachmaligen Aufführung. — Am Sonnabend erscheint der Operettenschlager „Ein Walzertraum“, von Oscar Strauß, auch hier auf dem Spielplan. Die Operette ist hier in sorgfältigster Weise einstudiert worden und dürfte voraussichtlich auch hier manche Aufführung erleben.

Schwartzan. Die Sprechstunde des Arbeiter-Sekretariats findet hier am Freitag, den 23. November, abends von 5—8 Uhr, im Gasthofe Transvaal statt. — Eine Versammlung der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins wird am Freitag abend im Gasthof Transvaal abgehalten. Genosse Schneider-Lübeck wird über das Thema „Arme Kinder“ sprechen. Da ferner noch über die Gemeindevahlen diskutiert werden soll, ist das Erscheinen aller Genossinnen notwendig. Auch die Genossinnen sind zu der Versammlung eingeladen.

Schwartzan. Das persönliche Regiment und die neuen Steuern bildeten den Tagesordnungspunkt einer gestern abend hier im Gasthof „Transvaal“ abgehaltenen aufbesuchten Volksversammlung. In eingehender Weise erläuterte Genosse Stelling-Lübeck die Schädlichkeit des persönlichen Regiments in Deutschland, sowie die schweren wirtschaftlichen Folgen der sogenannten Reichsfinanzreform. Einstimmig fand folgende Resolution Annahme: „Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das persönliche Regiment in Deutschland, wie es wieder durch die letzten Veröffentlichungen ans Licht gezogen ist. Sie fordert ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, das die Verantwortlichkeit zur Wirklichkeit macht, Mitwirkung des Reichstages bei der Ernennung des Kanzlers und der Staatsminister, um der Hoflingenswirtschaft ein Ende zu machen. — Die Versammlung hält es aber auch für ihre Pflicht, mit aller Entschiedenheit gegen jede weitere Steuerbelastung, namentlich der minder-mittelten Volkskreise, durch indirekte Steuern zu protestieren; wie sie auch der ganzen heutigen Finanzwirtschaft protestierend gegenübersteht.“

A. Guttu. Schrecklicher Unglücksfall. Der Genosse Ulrich Holz war in Jarnebau als Heizer bei einer Dampfeschmashine beschäftigt; als nun die Strohpresse nicht funktionierte, ließ er die Maschine stillstehen und untersuchte die Presse. In diesem Moment hatte die Presse aus und drückte dem Genossen Holz den Kopf dreht. Holz war auf der Stelle tot. Der so jäh Verstorbene war hier ein sehr beliebter Genosse und Vorsitzender des Fabrikarbeiter-Verbandes.

Hamburg. Zu Lode gerächt. Auf eine furchtbare Weise ist Montag vormittag ein Mann vom Heizerpersonal des vom La Plata im Hamburger Hafen angekommenen Dampfers „Hesperides“ ums Leben gekommen. Da unter der Ladung der vom La Plata kommenden Dampfer öfters pestverdächtige tote Ratten aufgefunden werden, so wurde, wie das oft geschieht, auch der Dampfer „Hesperides“ einer Ausräucherung der Ratten unterzogen. Trotz aller Vorsichtsmaßregeln hatte sich nun noch ein Mann bei der Befragung bei dem Beginn der Ausgabung im Heizraum befunden. Der Unglückliche wurde später tot aufgefunden; er hatte noch versucht, den eindringenden tödlichen Gasen durch schnelle Flucht zu entkommen, war aber bereits am Fuße der aus dem Heizraum führende Treppe zusammengebrochen und mußte nun elendiglich ersticken.

Altona. Wegen Verübung eines Verunglückten war der Gelegenheitsarbeiter H. S. Heier in Elmshorn, der den bei einem Eisenbahnunfall tödlich verletzten Eisenbahnhelfer Böh-Hamburg das Vortemomale mit 60 bis 70 Mk. entwendet hat, vom Schöffengericht in Elmshorn zu 6 Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Sowohl die Anwaltschaft als auch H. hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Strafkammer des Altonaer Landgerichts als Berufungsinstanz verurteilte Heier unter Aufhebung des Urteils des Schöffengerichts in Elmshorn zu neun Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt Gerichts-assessor Hartert hatte 1/2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust beantragt.

Wedel. Uebermals ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang auf der Zuckerraffinerie Schulan-Hamburg in Schulau. Am Montag wurde ein junger Schlosser von der Transmission erfaßt und so lange herumgeschleudert, bis er schwer verletzt auf dem Blase liegen blieb. Dienstag ist der Verunglückte leider gestorben.

Warnemünde. Ein Hexenprozeß. Eine Warnemünder Einwohnerin, Thoms, klagte dieser Tage gegen den Polizeiwächter Brühning und eine Frau Schwert wegen Verleumdung. Beide Angeklagte sollen der Klägerin nachgesagt haben, daß sie mit dem Bösen im Bunde stehe und „hexen“ könne. Der Polizeiwächter hat, wie in der Gemeindefassung festgestellt wurde, in einem Barbiergehäst sich darüber beklagt, daß sein Sohn, der ursprünglich gesund gewesen sei, später einen Buckel bekommen habe und schließlich gestorben sei. Er hat mit diesen Vorkommnissen die über-natürlichen Kräfte der Klägerin in Verbindung gebracht. Die Beklagte Frau Schwert hat von der Beleidigten gesagt, sie „wisse etwas“ und ihre Tochter „noch mehr“. Der Vorsitzende bemüht sich, die Hexengeschichte durch einen Vergleich aus der Welt des zwanzigsten Jahrhunderts zu schaffen. Die Klägerin wollte jedoch darauf nicht eingehen, weil sie „nicht als Hexe in Warnemünde herumlaufen“ wolle. Dies nutzte ihr das Richtergericht denn auch nicht zu und verurteilte die beiden Angeklagten zu je 5 Mk. Strafe. Es muß für die Warnemünder ein eigenes Gefühl sein, ihre Sicherheit einem Planze anvertraut zu sehen, der an Hexensput glaubt. Warnemünde liegt in einem Teile Mecklenburgs, der wohl am meisten von dem modernen Leben berührt wird. Es ist Hafenstadt, lebhafter und vielfrequenter Badeort und vermittelt den Hauptverkehr mit Dänemark.

Dübenburg. Wahlrechtsänderung in Dübenburg. Dem Landtage ist der Wahlaufsatzwurf nunmehr zugegangen. Das Gesetz, das eine Änderung des Staatsgrundgesetzes bedingt, muß von zwei aufeinander folgenden Landtagen beschlossen werden und hat bereits den letzten Landtag beschäftigt. In der bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtages verlesenen Thronrede behielt sich die Regierung einige „durch die früheren Verhandlungen notwendig gewordenen Änderungen“ vor. Nach dem vorliegenden Entwurfe sollen statt der bisherigen 10 insgesamt 22 Wahlkreise gebildet werden. Die Wahlkreisgeometrie soll sich an die bestehenden Ämter anlehnen. Nur die beiden zum Großherzogtum gehörigen Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld sowie die Ämter Rüstingen und Rechta sollen geteilt werden. Die mit der zunehmenden Einwohnerzahl steigende Abgeordnetenzahl, wie sie im jetzigen Gesetze auf der Grundlage von 10 000 Einwohnern für jeden Abgeordneten besteht, soll dauernd festgelegt werden, und zwar beabsichtigt der Entwurf, ein für allemal die Bevölkerungsziffer der Volkszählung von 1905 zugrunde zu legen. Infolgedessen würde die Zahl der Abgeordneten stets 45 betragen. Alle 20 Jahre soll eine Neueinteilung der Wahlkreise geprüft werden. Im übrigen sieht der Entwurf, wie auch der vorjährige, eine dreijährige Kadenz für die Wahlberechtigten und eine fünfjährige Legislaturperiode vor. Dagegen soll die Ausübung des Wahlrechts nicht mehr an die Staatsangehörigkeit geknüpft werden; auch ist der Kreis der Wahlberechtigten nicht unerheblich erweitert. Die von einem Teil des Landtages im Vorjahre geforderte Wahlpflicht lehnt der Entwurf ab. Das Wahlrecht selbst soll direkt anstatt wie bisher indirekt ausgeübt werden.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise. Lübeck, 11. November.

Weizen, 115—128 Rfd. holl. 170—191 Mk. Roggen 115—128 Rfd. holl. 150—165 Mk. Gerste, nach Qualität 160—175 Mk. Hafer, nach Qualität neuer 145—165 Mk., alter 170—180 Mk. per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 11. November.

1. Klasse 146 Drittel zu 123,21 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 17 „ 116,65 Mk.

Steinfisch: Riehmart

11. November.

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Zugesührt wurden 563 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Perlschweine schwere 66 Mk., leichte 65 1/2—66 Mk., Sauen 58—62 Mk., Ferkel 62—65 Mk. pro 100 Pfund

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete, und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Pöwig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwan. Druck: J. F. v. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Lübecker Vereinsbrauerei

e. G. m. b. H.

Der Ausstoß unseres Bieres beginnt morgen Freitag, den 13. d. Mts.

Bestellungen erbitten

Hochachtungsvoll

Fernruf No. 1172.

Lübecker Vereinsbrauerei

e. G. m. b. H.

Sofort gesucht 4 Kegelaufsetzer. St. Lorenz-Kegelhalle.



Sonnabend und Sonntag steht in Geertz Hotel, Schwartau, eine große Partie Lützenburg. Ferkel. Dieselben werden mit Garantie für alle Fehler verkauft.

Hüßtr. 79. Wiedereröffnung Hüßtr. 79. der Rind- u. Schweine-Schlachtereier.

Empfehle von heute an:

Prima dickes fettes junges Rindfleisch	Pfd. 60 Pfg.
Bratenfleisch	Pfd. 65 "
Roastbeef	Pfd. 70 "
Schafftes	Pfd. 70 "
Rouladen	Pfd. 80 "
Gulasch	Pfd. 70 "
Beefsteak	Pfd. 1.00 Mk.
Schweinefleisch	Pfd. 70 75 Pfg.
Karbonade	Pfd. 80 "
Kalbsteak	Pfd. 50 "
Keule	Pfd. 60 "
Sammelfleisch	Pfd. 65 "

Nur reelle gute Bedienung.

Vertr.: Willy Stapelfeldt.

Deute und folgende Tage:
Prima Lammfleisch
(Säuglingslamm) per Pfund 65 Pfg.
Keule und Rücken 75 Pfg.
Johs. Ratze jun., Fleischhauerstraße 60.
Fernruf 1481.

Feinste Hofbutter,
frisch wie Meiereibutter,
Pfund 1.30 Mk.
Wilhelm Süke, Warenborststraße 25.

Bruchkäse Pfd. 10 Pfg.
Schlammacherstr. 12, a. d. Diele.



Holzschuhe
böhmes Fabrikat.
Holzpantoffel
in allen Größen vorräthig.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Die ALBERT-Garderoben
aus dem Spezial-Betrieb von
Lübeck **Otto Albers** 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. H. A.:
Leberstücken . . . 2,20-3,45
Bambusstücken . . . 2,60-3,75
Schloßstücke . . . 1,88-3,25
Leberstücken . . . 1,08-2,35
Pfeiferstücke . . . 1,68-3,25
Leigene Jacken, Anzüge und gerade, 1,28
Anjer, Hemden, Schlachterjacken, Scherjacken.
Wasser-Mantel erschwindlich billig.
Mägen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Note Subcamarken.

Restaurant Gustav Glöde
Kott 4, Ecke Holstenstraße.
Grosses Auspielen
von
fetten Gänsen, Karpfen
und **Rauchfleisch**
am Montag, den 16. Nov. 1908.
Anfang 10 Uhr morgens.
Eintritt 50 Pfg.
Dierzu ladet freundlichst ein
Gustav Glöde.

Praktische Arbeit

leisten die Nahrungsmittel-Fabrikanten, indem sie den Konsumenten billige Nahrungs- u. Genußmittel liefern. An der Spitze stehen die Margarinemarken

„Siegerin“

von feinsten Naturbutter nicht zu unterscheiden und

„Mohra“

der beste Ersatz für Naturbutter! — Überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Mark 100.—

Einhundert Mark Sterbefall-Unterstützung

beim Ableben meines Mannes aus Anlass ständiger Brotkundschaft von dem Inhaber der Dampfbackerei „Hansa“, Herrn Johs. Junge, Lübeck, erhalten zu haben, bescheinigt

Lübeck, den 11. November 1908.

Friederike Bentien, geb. Gale.

Wieder frisch eingetroffen:

2. Sorte Meiereibutter per Pfund Mk. 1.25
und Mk. 1.30.

welche besonders schön ausfällt.

Königsstr. 98. **Th. Storm Nachf.,** Fernspr. 473

Beerdigungsgeschäft C. Thiessen & Sohn

Wahnstraße 79. Fernruf 1143.
Übernahme sämtlicher Besorgungen. Überführungen nach und von auswärts.
Eigene Transportwagen. auch Feuerbestattungen.

Hochaktuell!

Seeben erschien in III. Auflage:

Das persönliche Regiment

Reden und sonstige öffentliche
.. Aeusserungen Wilhelms II. ..
Zusammengestellt von Wilh. Schröder.

Elegant broch. 200 Seiten Mk. 1.—
Porto 20 Pfg.

Das Buch bietet ein erschöpfendes Material zur Beurteilung des persönlichen Regiments in Deutschland und zu der alle Volkskreise beschäftigenden Frage der Abschaffung des absolutistischen Systems.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hühnerfutter

empfehle billigt
Hans Pichelmann,
Friedenstraße 78, Ecke Brolingstraße.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 13. Nov.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Antrag des Vorstandes.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verammlung

der weiblichen Mitglieder
des Sozialdemokratischen Vereins
Schwartau-Rensfeld
am Freitag, den 13. Nov.
im Gasthaus Transvaal.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. Schneiders-Lübeck
„Arme Kinder“.
2. Gemeinderatswahlen.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Genossinnen
wird gebeten. Auch die Genossen sind hier
mit zum Vortrag eingeladen.
Der Vorstand

Dehmann hat
Pferdefleisch
gefressen.

Universum

Heute Donnerstag:
Gr. Komödien-Abend
3 Komödien.
Freikarten gültig.

Hansa-Theater

Nur noch 4 Tage:
Sidi Nirvana
in ihrem Akt Kunst und Leben.
Ein verhängnisvoller Morgen
und das große Programm.

Neues Stadt-Theater
Kassen-Telephon Nr. 298.

Freitag 8 Uhr. Mittel-Preise.
Voll-Abonnement. 42. Freitag-Abonnem.
Über den Wassern. Schauspiel von Eng.
Sonnabend 7 1/2 Uhr. Mittelpreise!
Voll-Abonn. 43. Sonnabend-Abonn.
Zum 1. Male! Novität!
Ein Walzertraum. Operette von Strauß

Warum die preussischen Junker die Junker-Regierung in Preußen nicht entbehren können.

Das preussische Junkertum, das bei jeder Gelegenheit mit seiner Königstreue und seiner gouvernementalen Zuverlässigkeit prahlt, hat schon verschiedentlich mit einer Revision seiner „patriotischen“ Gesinnung und gar mit einer Sezession in das Lager der Opposition gedroht, wenn es bei einer Regierungsaktion einmal nicht auf seine Rechnung zu kommen fürchtete. Der Junker v. Ruprecht-Kranz wollte, als bei der Beratung der Handelsverträge mit Rußland usw. im Anfang der neunziger Jahre den Agrariern der Raub am Volke etwas beschneiden werden sollte, sogar „unter die Sozialdemokraten gehen und Revolution machen“. Der Herr v. Ruprecht und seine Junkerengenossen haben die Ausführung dieser Drohung nicht nötig gehabt. Die preussisch-deutsche Regierung besann sich sehr bald darauf, was sie dem Großagrarertum schuldig sei. Die Handelsverträge wurden auf andere Basis gestellt, und heute leidet das deutsche Volk unter den Segnungen, die die Schutzpolitik den Agrariern gebracht hat, in furchtbarer Weise. Die Junker können sich auf die preussische Junker-Regierung verlassen. Und deshalb wollen sie sie auch nicht missen. Auch eine schärfere Kontrolle dieser Regierung durch eine volkstümliche Volksvertretung wünschen sie nicht. Einem zuverlässigen Prokuristen schenkt man Vertrauen. Und zuverlässig und treu sorglich führt die Regierung die Geschäfte der Junker. Das zeigt sehr deutlich wieder eine Affäre, über die das „B. L.“ folgendes berichtet:

„Im hinterpommerschen Kreise Rummelsburg herrschen die Herren v. Ziegewitz, sechs oder acht an der Zahl, drei davon Brüder. Einer von diesen Brüdern, Herr v. Ziegewitz auf Behwitz, Schwiegersohn des ehemaligen Justizministers Schönstedt und Jagdfreund des derzeitigen Kriegsministers Herrn v. Einem, gen. Rothmaler, ist der Held unserer Geschichte. Herr v. Ziegewitz nennt nämlich nicht nur das Rittergut sein eigen, auf dem alljährlich Herr v. Einem erscheint, um auch dort Böcke zu schleifen, er hat sich neuerdings auch ein eigenes Elektrizitätswerk zugelegt, eine sog. Überlandzentrale, deren Strom in der Hauptsache von der „Behwitz'er Elektrizitätsgenossenschaft zu Bantzin“ übernommen, weitergeleitet und verwertet wird. Dieses Werk nun hat trotz seiner Jugend schon manchen Sturm erlebt. Es scheint, wenigstens zum Teil, auf Flußland gebaut gewesen zu sein, und so wurde es denn im vergangenen Jahre mitten im Sommer, eines schönen Sulttages — fortgeschwemmt. Bei der Katastrophe von damals erlitt nun Herr v. Ziegewitz nicht nur eine Kompagnie Pioniere zu Hilfe geschickt, er soll auch — wie erzählt wird — zum Wiederaufbau aus Staatsmitteln ein Darlehen von 100 000 Mk. erhalten haben. Aber die Motive dieser Hilfsaktion und über die Herkunft der Gelder haben wir trotz unserer Bemühungen nichts in Erfahrung bringen können.

Seinen hohen Beziehungen verdankt aber der Behwitz'er noch andere kleine Vorteile. Schon seit Jahren petitionierte er beispielsweise um einen eigenen Bahnhof. Die Eisenbahndirektion verhielt sich leider immer ablehnend und erklärte noch zuletzt — zweimal hintereinander — die Errichtung eines solchen Bahnhofs „aus technischen Gründen“ für absolut unmöglich. Auch die Bedürfnisfrage wurde merkwürdigerweise bestritten mit der Begründung, Behwitz liege von der nächsten Station Tecklipp ja nur 2300 Meter entfernt. Da legte der Minister ein Machtwort ein, alle „technischen“ Bedenken waren mit einem

Male überwunden, das „Bedürfnis“ überzeugend dargetan: der Behwitz'er erhielt einen Bahnhof vor seiner Haustüre zwischen Tecklipp (2 Kilometer) und Hammelmühle (5 Kilometer.)

Doch zurück zum Behwitz'er Elektrizitätswerk. Bei der Umschau nach Abnehmern war das Auge des Herrn von Ziegewitz zunächst auf die Stadt Rummelsburg gefallen. Für solche Zwecke sind ja die Städte eine ganz leidliche Erfindung. Zwar liegt Rummelsburg 24 Kilometer von Behwitz, außerdem beläuft es bereits ein eigenes Elektrizitätswerk, man hoffte aber, die Stadtverordneten würden sich ihrer Pflichten entsinnen und „im Interesse der Landwirtschaft“ einwilligen, ihr eigenes Werk zu verkaufen und den Strom fortan von Behwitz zu beziehen. Eigentümlicherweise sträubten sich die städtischen Behörden von Rummelsburg gegen diese Zumutung. Die Seele des Widerstandes war der Bürgermeister, Herr Kriebach, ein Mann, der nach dem Urteil der umliegenden Besitzer überhaupt wenig brauchbar war. Herr Kriebach war es ja auch gewesen, der seinerzeit die bis dahin in Privatbesitz befindliche Zentrale verstaatlicht hatte, obwohl schon damals Herr v. Ziegewitz sein Elektrizitätswerk beläuft und daher im Verein mit dem Rummelsburger Landrat Herrn v. Trebra entschieden gegen die Schaffung eines städtischen Werkes protestiert hatte. Im Verfolg war das Verhältnis zwischen Landrat und Bürgermeister so unleslich geworden, daß sich die beiden Herren nicht einmal mehr grüßten. Die Landlords aber revanchierten sich dadurch, daß sie, als die Wahl zum Kreistag, herankam es durchsetzten, daß als Vertreter der Stadt nicht der Bürgermeister, sondern — der Doktor gewählt wurde. Der Doktor war nämlich bei der Mehrzahl der Herren Junker-, Hof- und Leibarzt, und man durfte daher bei ihm eine größere Dosis guten Willens und ein intensiveres Verständnis für die großen und kleinen Schmerzen der „Landwirtschaft“ voraussetzen. Herr Kriebach, der Bürgermeister, aber sah schließlich ein, daß er gegen die Übermacht doch nicht auskommen könne, im Sommer schnürte er sein Bündel und wanderte als zweiter Bürgermeister nach Köslin.

Nun endlich glaubte Herr v. Ziegewitz auf Behwitz die Stunde des Triumphs gekommen. Unter den Bewerbern um die freigewordene Bürgermeistersstelle tauchte mit einem Male ein Bruder des Behwitz'ers auf, Herr Kapitänleutnant a. D. v. Ziegewitz und — wurde gewählt. Die drei Brüder, der Behwitz'er, der Pflüsterer und der Kapitänleutnant, hatten bei allen einflussreichen Stadtverordneten Besuche gemacht und ihnen den Wert der Familienkandidatur so unwiderleglich bewiesen, daß die Wahl von vornherein gesichert war. Bei der Agitation in der Bürgerschaft war dieser Wert noch besonders dargetan worden. Von einem der Hauptagitatoren, einem Tuchfabrikanten, erzählen sich seine guten Freunde noch heute ganz offen, am Stammtisch und auf der Straße, man habe ihm versprochen, der gute Freund der Ziegewitz, Herr v. Einem in Berlin, könne ihm vielleicht Lieferungen von Militärtuch besorgen. Und andere Rummelsburger träumten gar schon von der Möglichkeit, Garnison nach dem Städtchen zu bekommen, wenn man auf diese Weise in die Freundschaft des Herrn v. Einem „einheirate“.

Kurz und gut: Herr v. Ziegewitz, der Kapitänleutnant, wurde gewählt und — bestätigt. Auch das war anfangs nicht so selbstverständlich erschienen. Herr Kapitänleutnant v. Ziegewitz war nämlich im Jahre 1900 mit schlichtem Abschied, ohne Uniform und Titel, aus dem Marinedienst entlassen worden, wie man munkelte, wegen einer recht wenig schönen Weibergeschichte. Dann aber hatte er als Kriegsfreiwilliger den Feldzug in China mitgemacht und sich dort so ausgezeichnet — einer seiner Onkel, Oberst-

leutnant v. Ziegewitz, war Generalstabsoffizier beim Marv. Waldersee — daß er nicht nur durch kaiserliche Gnade Rang und Titel wiedererhielt, sondern auch noch den Roten Adlerorden vierter Klasse mit Schwertern dazu bekam. Immerhin gehört zu seiner Bestätigung als Stadthaupt in einer Zeit, wo man an die Offizierslehre auch der Bürgermeister so hohe Anforderungen stellt (vergleiche die Fälle Schlicking in Hulum und Dieterich in Roda), eine gewisse Komitewenz der Regierung, die hiermit dankbar anerkannt sei.

Man erinnert sich, daß die Wahl eines ehemaligen Marineoffiziers zum Bürgermeister seinerzeit ein gewisses Aufsehen erregte; noch mehr, als Herr v. Ziegewitz fast unmittelbar vor seinem Amtsantritt plötzlich auf seine neue Würde — verzichtete. Die Schuld an des neuen Bürgermeisters Glück und Ende war wiederum das — Behwitz'er Werk gewesen. Der Behwitz'er hatte offenbar geglaubt, wenn sein Bruder erst Bürgermeister in Rummelsburg sei, seinen alten Plan ohne weiteres durchsetzen zu können. Die Rummelsburger aber waren noch schlauer gewesen. Sie lehnten den inzwischen wieder eingebrachten Antrag, das städtische Werk zu verkaufen, wiederum ab und zwar definitiv und einstimmig, und noch ehe der neue Bürgermeister ins Land gezogen war. Unter diesen Umständen hatten beide Brüder kein Interesse mehr an dem Bürgermeistersposten, und so erfolgte der Verzicht.

Mehr Glück hatte der Behwitz'er mittlerweile in Stolp gehabt, das 35 Kilometer von Behwitz entfernt liegt. Auch in Stolp existiert ein städtisches Elektrizitätswerk, das sich zur Verbilligung des eigenen Stroms mit der nahe der Stadt gelegenen landwirtschaftlichen Zentrale von Schojow liiert hat. Nun sollte auf dem Bahnhof in Stolp elektrische Beleuchtung eingeführt werden. Um die Beförderung bewarben sich die Stadt Stolp und — die Behwitz'er Zentrale. Und siehe da — während noch der Magistrat mit der Eisenbahndirektion zu Danzig verhandelte, und obwohl die Stadt natürlich auch einen billigeren Preis hatte herstellen können als das 35 Kilometer entfernte Behwitz'er Werk — traf folgendes Schreiben des Herrn Eisenbahnministers ein:

Auf die Eingabe vom 27. Mai 1908.
Nr. I 7956.

Aus den angestellten, sehr eingehenden Untersuchungen habe ich die Überzeugung gewonnen, daß berechnete Interessen der Stadt Stolp bei Nichtberücksichtigung ihres Angebots auf Lieferung des elektrischen Stroms für den Bahnhof Stolp nicht verletzt werden, zumal bei einem Strompreise von 10 Pfg. pro Kw.-Stunde die Stadt Stolp lediglich eine Vermittlung zwischen dem Elektrizitätswerk in Schojow und der Eisenbahnverwaltung übernehmen würde. Dagegen ist zu erwarten, daß durch einen Anschluß des Bahnhofs Stolp an das Behwitz'er Elektrizitätswerk das allgemeine Interesse der Landwirtschaft in der Umgebung von Behwitz wesentlich gefördert wird. Ich habe deshalb die Königl. Eisenbahndirektion in Danzig angewiesen, die demnächst für den Bahnhof Stolp benötigte elektrische Energie von der Behwitz'er Elektrizitätsgenossenschaft zu beziehen. (gez.) Breitenbach.

Man sieht: preussische Minister wissen, wenn das Wohl des Staates es erfordert, auch einmal unter Vermeidung des langwierigen bürokratischen Instanzenweges zu rechter Zeit mit fester Hand einzugreifen. Und dafür sind ihnen die Junker dankbar. Und solcher Dank freut einen preussischen Minister, mag das Volk dann auch nörgeln, er tut doch seine Schuldigkeit.

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(14. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Er ist krank“, versetzte Meta, seinem Blick ausweichend, und ihr Gesicht verblüffte sich bei der Erinnerung an die Ursache dieser Krankheit.

„Krank? Hoffentlich ist es nicht schlimm? Ich wünsche ihm gute Besserung. Leben Sie wohl.“ Er zog den Hut und stieg die Treppe zum Justizpalast hinauf. Unwillkürlich sah Meta seiner breitschultrigen Gestalt nach, bis er im Portale verschwand.

„Warum er nur immer ein so eigentümliches Gesicht macht, sobald von meinem Vater die Rede ist“, dachte sie im Weiterstreiten. Aber sie fand keine Antwort darauf, und bald weilt ihre Gedanken wieder bei Richard Claasen und dem Schmutz, von dem sie so viel erhoffte. Doch zog bei diesem Gedanken eine große Wehmut durch ihre Seele, ja einmal sogar wollte ihr leidenschaftliches Herz sich gewaltig dagegen auflehnen, daß sie für die Rettung des Mannes arbeitete, für den sie um seines Vaters willen die bitterste Feindschaft hätte empfinden müssen. Aber es war etwas in ihr, von dem sie sich keine Rechenschaft geben wollte, etwas, das stärker war, als Haß und Rachedurst gegen den Namen Bruns.

War es ihre grenzenlose Hingebung an Elisabeth Sendel, — oder war es die heimlich fortbrennende Liebe zu Richard Claasen, die sich nicht töten lassen wollte?

Die Beamten August Fluths waren nicht wenig erstaunt, als ihr Chef ihnen eines Tages erklärt hatte, daß er in einer Angelegenheit selbst nach Leipzig reisen wollte, anstatt, wie es gewöhnlich der Fall war, jemand anders mit der Detektiv-Rolle zu beauftragen. Inzwischen wohnte einer der Beamten bereits seit einigen Tagen in den Räumen Richard Claasens. Er hatte die Wohnung auf vierzehn Tage gemietet, und Frau Freitag, die sonst einen so kurzen Kontrakt niemals geschlossen hätte, war jetzt froh, daß sich für die Wobstätte überhaupt wieder ein Mieter fand. Wie hätte ihre arglose Seele ahnen können, daß unter der Maske des friedlichen „Malers“, der bei ihr einzog und sie abendlich in ein gemütliches Ge-

spräch verwickelte, eine ganz verhängnisvolle Persönlichkeit steckte! Freilich, viel hatte der Beamte nicht in Erfahrung bringen können, was für die Angelegenheit Elisabeth Sendels von Nutzen gewesen wäre. Und so war August Fluth kurz entschlossen eines Tages in eigener Person nach Leipzig gereist, nachdem er auch Elisabeth von diesem Plan in Kenntnis gesetzt und ihr seine Adresse mitgeteilt hatte.

„Ihr sollt es erleben“, rief er seinen Branten zu, „dort sitzt's! Das ganze unklare, verworrene Gerümpel, das die Vergangenheit dieses Mannes dort aufgehäuft hat, werde ich durchwühlen, ich will nicht mehr August Fluth heißen, wenn ich's da nicht wieder ans Tageslicht ziehe, — das ganze Geheimnis dieses Mordes nämlich. Ihr seid alleamt keine Spürhunde. Wo säße ich wohl mit meinen Kenntnissen, wenn ich nicht durch die dicke Dunkelheit sehen könnte. Adieu.“

In Leipzig hatte er nach mühseligen Nachforschungen bald das ehemalige Haus des Kommerzienrats Bruns gefunden.

Es lag in der Grimmaischen Straße und war ein altes, weitläufiges Gebäude mit vielen Stockwerken. Die Fassade war reich verziert und verschnörkelt. Von Säulen getragene Giebel und Erkerchen sprangen vor, und der Rundbogen des Haupteingangs ruhte auf zwei Karatiden. Im Innern dieses Hauses befanden sich außer den Lagerräumen auch die Kontors und die Privatwohnung des heutigen Besitzers der Firma, Herrn Balthasar Bäuerle. Fluth führte sich bei diesem als kleinerer Kaufmann ein und ruhte nicht eher, als bis er dem Chef in dessen Kontor selbst gegenüberstand.

Sobald er mit dem gemütlichen Leipziger die ersten Worte gemeckelt hatte, wußte er, daß er von diesem harmlosen Gemüt eine Menge in Erfahrung bringen könne. Herr Balthasar Bäuerle, Inhaber der Firma des verstorbenen Kommerzienrats Bruns, war ein kleiner, bieder Mann, der im Leben stets das Prinzip verfolgte hatte: „Nur keine Aufregung“. Dieser Grundsatz schien seiner ganzen Persönlichkeit aufgeprägt zu sein. Schon in der Art, wie er auf seinen kurzen Beinchen am Schreibtisch stand, das breite, stets wohlgefällig schmunzelnde Gesicht mit dem Ausdruck tiefen Behagens auf den Besucher gerichtet, bot er ein Bild behaglicher Ruhe.

Er drückte jetzt auf den dicht neben dem Pult angebrachten Knopf der elektrischen Glocke. Sogleich erschien der Hausdiener, dem immer das einmalige Klingeln galt.

„Hören Sie, bringen Sie mal 'ne Flasche Rübesheimer und zwei Gläser“, befahl er dem Diener, der mit diesem Auftrage verschwand. „Meinen Sie nicht ebenfalls, Herr Fluth“, wandte er sich wieder an diesen, „daß man sich überhaupt erst mit einander einleben kann, wenn man die Freude an einem recht schönen Tropfen mitkommen empfunden hat?“

Er holte bei diesen Worten Zigarren herbei, und beide Herren ließen sich behaglich rauchend auf dem Ledersofa nieder.

„Zweifelloch, Herr Bäuerle“, erwiderte August Fluth mit einem Überzeugungstone, der so ernsthaft klang, als ob es sich mindestens um die Bestätigung eines juristischen Punktes von Wichtigkeit handelte. „Innerlich hätte er sich vor Lachen über diesen seelenvollen Sachverhalt ausschütten mögen, der ihm in aller Unschuld selbst ein Mittel gab, mit dessen Hilfe er ihm die Zunge lösen konnte.“

Der Wein erschien, und mit einem Nicken, das an Seligkeit grenzte, goß Herr Balthasar Bäuerle das goldene Maß in die grünen Kömer.

„Auf daß unsere Bekanntschaft und Ihre mit werte Rundschau von langer Dauer sein möge!“ Mit diesem Wunsch stieß Bäuerle an das Glas des verlapften Detektivs und trank das seine dann in einem langen Zuge aus. Fluth aber, um seinen Sinnen nichts von ihrer scharfen Klarheit zu rauben, nippte nur einen kleinen Schluck.

„Gott nee“, sagte Balthasar tadelnd, „verhalten Sie sich doch nicht so ablehnend gegen dies köstliche Getränk. Ich meine immer, nachher lebt sich's noch mal so vergnügt.“

„Mir macht es Schwindel und Verstimmung“, log Fluth — nichts für ungut, Herr Bäuerle, ich bin deshalb doch kein schlechter Kerl und werde schon mit Ihnen handels-einig. Doch nun zu unserem Geschäft.“

Mit großer Vorsicht und Schläueit wußte August es einzurichten, daß die kaufmännischen Angelegenheiten bald erledigt waren. Herr Bäuerle hatte dabei dem Weine fleißig zugesprochen und war in ein Stadium gekommen, in dem er sich so glücklich fühlte, daß er die ganze Welt hätte um-

Kopfsch von Gottes Gnaden.

Zu den abgedroschensten Kraftwörtern aus der liberalen Phrasologie gehört jenes vom „Männerstolz vor Königsthronen.“ In diesem Genre leistet Kopfsch, einer von jenen, die nach Mordan ehemals noch „ihre früheren Grundsätze hatten“, ganz Erklägliches. In Berlin sprach er über das Kaiserinterview und warf diese Rede vor seine Hörer:

Aber auch das deutsche Volk trägt einen Teil Schuld durch die Plünder von Zerubbabel und Byzantinismus. Das deutsche Volk wird sich mehr auf sich selbst besinnen müssen, eingedenk des Ausspruchs von Eugen Richter: „Auch du, deutscher Bürger, bist, was du bist, von Gottes Gnaden!“

Die „Freiwillige Zeitung“ teilt noch mit, daß der den Ausfahrungen des Abgeordneten Kopfsch folgende stürmische Beifall zeigte, wie treffend Redner die in Bürgerkreisen vorherrschenden Ansichten wiedergegeben hatte.

Nun gehen die Herren vom roten Adlerorden IV. Güte gar noch als Apostel der Gnadenlehre hausieren und nennen es — bürgerliche Selbstbestimmung!

England.

Eine Rede des Ministerpräsidenten. Beim Lord-Mayor-Bankett hielt Premierminister Asquith folgende Rede: England hat seit dem vergangenen Jahre bange Tage durchgemacht. Der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges ist eine Depression gefolgt, die durch besondere Umstände verschlimmert wurde und von der Panik in den Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm. Doch bin ich zuversichtlich genug, vorausgesetzt, daß der Frieden der Welt erhalten bleibt, Anzeichen wahrzunehmen, daß der Rückgang nicht von langer Dauer ist. Die Aufmerksamkeit Europas war einige Wochen lang durch die Ereignisse im nahen Osten in Anspruch genommen. Wir waren Zeugen einer Revolution in der Türkei, die zu einer der wunderbarsten in den Annalen der Geschichte gehört. Ich freue mich, den türkischen Botschafter hier als Gast zu sehen, und bin gewiß, den Gefühlen der ganzen Nation Ausdruck zu geben, wenn ich ihm versichere, daß wir uns eins fühlen mit dem türkischen Volke in der Frage der Freiheit und der Gewährung einer konstitutionellen Regierung. Wir beanspruchen als älteste konstitutionelle Regierung der Welt das Privilegium, die Geburt freier Institutionen in der Türkei willkommen zu heißen. Was Bulgarien, Bosnien und die Herzegovina betrifft, so hat die Regierung unzweideutig und klar an dem auf der Konferenz von 1878 abgeschlossenen Abkommen der Mächte festgehalten. Internationale Verträge können nicht von einer, ohne Zustimmung der anderen Vertragspartei abgeändert werden. Wir halten daran fest, daß dieser Grundsatz auf die Änderung des Berliner Vertrages anzuwenden ist. Um diesen Vertragsänderungen Rechtskraft zu verleihen, müssen sie die Zustimmung der Mächte einschließen, die die Zustimmung der Mächte erlangen. Von diesem überaus wichtigen Grundsatz ausgehend, wünschen wir alles zu tun, was wir können, um ein allgemeines Abkommen zu fördern. Die britische Regierung hat keine vorgefaßte Meinung gegen oder keine Vorliebe für irgend eine besondere Methode, durch die eine Regelung herbeigeführt werden könnte, und niemals gab es den Schatten einer Begründung für den Gedanken, daß wir uns den direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn sowie zwischen der Türkei und Bulgarien widersetzen. Aber das Abkommen muß von den anderen Mächten genehmigt werden, und da die Türkei die am meisten benachteiligte Macht ist, so müssen diejenigen, die sie benachteiligt haben, Mittel finden, eine Regelung zu treffen, die mit ihrer Ehre und ihren Interessen vereinbar ist. Die Türkei muß prüfen und dann Vorschläge

gemeine Regelung glatter sein. Die Wogen gehen hoch auf dem Balkan, wir tun was wir können, um sie zu besänftigen. Es ist eine große Genugtuung für uns, daß die Verhandlungen mit dem russischen Minister Iswolsky gezeigt haben, daß Rußland und Großbritannien sich in der Frage des nahen Ostens demselben Standpunkt genähert haben. Eines der glücklichsten Ergebnisse des Abkommens mit Rußland ist, daß wir in der Lage sind, die plötzliche Krisis frei und sympathisch zu besprechen. Seit dem Abschluß der englisch-russischen Konvention herrschen in Persien nahe der russischen Grenze Unruhen. Die Regierung erkennt an, daß Rußland unter äußerst schwierigen Verhältnissen Zurückhaltung und Mäßigung bewies. Wir wünschen nicht, daß angenommen wird, wir möchten Europa in verschiedene Gruppen geteilt sehen. Wir befinden uns in vollkommener Sympathie mit Frankreich, sind aber gleich offen mit Deutschland und Italien, den Verbündeten Österreich-Ungarns, gewesen. Wir haben eine gänzlich uninteressierte Haltung eingenommen, wir fordern nichts für uns selbst, wir wünschen nur, das öffentliche Recht in Europa aufrechtzuerhalten und für die Türkei solche Regelung, die die Störung des Friedens verhindert und einer guten Regierung den Weg zur Freiheit öffnet. Bezüglich der Beziehungen Großbritanniens zu Deutschland sagte Asquith: Es ist fast genau ein Jahr her, seit Kaiser Wilhelm hier unser Gast war. Ich kann die nachdrückliche Erklärung des Kaisers nicht vergessen, daß das leitende Ziel seiner Politik die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und der guten Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland sei. In diesem Geiste wünschten wir mit den anderen Mächten zu verhandeln, mit Deutschland sicherlich nicht minder als mit den übrigen. Dieser Geist leitete uns bei allen Verhandlungen bezüglich der gegenwärtigen Schwierigkeiten in der europäischen Politik. Wenn, wie wir glauben, andere Mächte dieselbe Absicht haben, dann werden die Wolken, die für den Augenblick den Himmel verdunkeln — sei es auf dem Balkan oder anderswo — ohne Sturm verschwinden, dann wird der Friede gesichert, die Atmosphäre von den Dünsten des Argwohns und des Mißtrauens gereinigt und die bestehenden Freundschaften werden nicht beeinträchtigt werden. Man sollte nicht von Isolierung oder von feindlichen Gruppierungen unter den Mächten sprechen, die vereinte Verwalter der Zivilisation und oberste Schützer des Friedens der Welt sind. Nichts veranlaßt uns, zu schwanken oder unsere Verpflichtungen nicht ordentlich zu erfüllen, auch nur für einen Augenblick unseren Freundschaften untreu zu sein. Das ist die unabänderliche Meinung des ganzen Landes. Wir haben weder Animositäten, die wir befriedigen, noch selbsttätige Interessen, die wir fördern. Wir würden nicht widerstreben, eine Hand zu ergreifen, die uns in guter Absicht und in Treue entgegengetreten werden würde. Unsere Flotte ist jeder Verantwortlichkeit gewachsen, vor der sie sich gestellt sehen könnte. Jede auswärtige Macht weiß, daß, wenn wir unsere Überlegenheit zur See unbestreitbar aufrechtzuerhalten wünschen — wie wir es tun —, dies nicht zu etwaigen Angriffen oder Abenteuerern geschieht, sondern um eine für unser Reich elementare Pflicht zu erfüllen, nämlich unseren Handel und unsere Industrie außerhalb des Bereiches der Gefahr eines erfolgreichen Angriffs von außen zu sehen. Das Land mag versichert sein, daß nichts ungeschehen bleibt, um unsere Flotte voll auf der Höhe unserer nationalen Notwendigkeit zu halten. Regierungen kommen und gehen, Majoritäten entstehen und vergehen, aber eine Überzeugung wird das britische Volk einmütig festhalten: Das ist unsere unbestreitbare und unbestrittene Vorherrschaft zur See.

Berlin, den 11. Novbr. 1908.

159. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsisch: v. Bethmann-Hollweg, Sydow, v. Tirpitz, Dernburg, Kracke. Nachher Fürst Bälou.

Die Besprechung der Interpellationen über das Kaiser-Interview wird fortgesetzt.

Freiherr v. Camp-Massonnen (R.): Die Kritik des Abg. Liebermann wird vielfach auf Widerspruch stoßen. (Zustimmung bei einem Teil der Rechten. Hoho! links.) Der Kaiser besitzt hervorragende Eigenschaften. (Lautes Gelächter b. d. Soz.) Die Arbeiter verdanken dem Kaiser viel. (Stürmische Zurufe b. d. Soz.: Namentlich Schimpfworte!) Es ist ein tragisches Geschick, daß ein so hervorragender Herrscher (Erneutes stürmisches Gelächter b. d. Soz.) so oft in Widerspruch gerät mit den Anschauungen der großen Masse der Bevölkerung. Das kommt aber davon, daß die Kanzler nach Bismarck nicht den Mut und die Kraft hatten, ihre verfassungsmäßigen Befugnisse nach oben zu wahren. Hoffentlich war der gestrige Tag ein Wendepunkt im Leben des Kaisers. (Bewegung.) Freilich kann Fürst Bälou nicht für seinen Nachfolger stehen, der vielleicht ein Generalist (Weiterkeit). Auch gibt uns leider die Kanzlerklärung keine Gewähr gegen die Nichtwiederholung solcher Vorkommnisse (Hört, hört! b. d. Soz.) Dem Kaiser müßte nahegelegt werden, mehr Führung zu nehmen mit den besten Männern der Nation. (Zuruf b. d. Soz.: J. B. mit Herrn v. Camp! Weiterkeit.) Es ist tief bedauerlich, daß der Kaiser seiner Großmutter einen Feldzugsplan gegen die Buren geliefert hat. — Unser Landheer ist wichtiger als die Flotte, unsere Flotte kann nicht so stark sein, wie die englische; es muß aber ein gewisses prozentuales Verhältnis gewahrt werden. Wer einen Krieg mit England wünscht, müßte auf seinen Geisteszustand untersucht werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber in England gibt es eine heftige Kriegspartei. Wir halten die Bemerkungen des Kaisers über die ostasiatische Bestimmung unserer Flotte für bedauerlich. — Ein parlamentarisches Regiment weisen wir zurück als im Widerspruch stehend mit den Gefühlen der Nation. (Lachen und Widerspruch links.) Wir Deutschen strachten noch immer Gott und sonst nichts in der Welt. (Hurra! b. d. Soz.)

Schrader (Fg.): Es geht nicht an, für die dauerliche Affäre einen unangeordneten Sündenbock zu suchen. Das Interview und seine Veröffentlichung waren leider nur neue Glieder in einer alten Kette. (Sehr richtig! links.) Hochgestellte Leute sollen besonders vorsichtig mit Gesprächen sein. (Zustimmung.) Wir hätten gewünscht, daß der Kaiser in diesen Tagen in Berlin wäre. (Sehr richtig! links.) Der Kanzler möge dem Kaiser sagen, daß der ganze Reichstag mehr Zurückhaltung vom Kaiser wünscht. Möge der Enkel in dieser Hinsicht vom Großvater lernen. Wir bitten den Herrn Reichskanzler allerehrlichst, Er. Majestät vorzustellen, daß es so nicht weiter geht. (Lachen b. d. Soz.) Verlassen diese Verhandlungen resultatlos, so stellen sie uns vor dem Auslande bloß. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein parlamentarisches Regiment ist mit unserer Verfassung nicht vereinbar. (Beifall rechts.) Aber wenn wir mit dem Kanzler nicht einig sind, müssen wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. (Beifall links.) Sorge der Kanzler für eine einheitliche Politik. (Beifall b. d. frei. Fraktionsgemeinschaft.)

v. Norman (L.) gibt folgende Erklärung ab: Nach der gestrigen der Gesamtsitzung, entsprechenden Antwort des Kanzlers enthalten wir uns eines weiteren Eingehens auf den Sachverhalt und erwarten, daß der Herr Reichskanzler seine Worte auch zur Ausführung bringt. (Bravo! rechts.)

Zimmermann (L.): Die Botschaft vom Wendepunkt im dem Leben des Kaisers höre ich wohl, doch mir fehlt der Glaube. Die ganze Rede des Kanzlers war Schale ohne Kern. War die Rede an den Reichstag oder nach Donnerschingen gerichtet? (Weiterkeit.) Es ist doch sehr bedauerlich, wenn ein Herrscher seine tiefbetäubte Großmutter mit akademischen Erörterungen über Kriegsführung tröstet, sofern diese Großmutter nebenbei Herrscherin eines fremden kriegsführenden Landes ist. Man wirkt in erschreckender Weise um die Gunst Englands. Zurückhaltung des Kaisers ist uns oft verprochen worden, bisher haben wir aber nichts von ihr gespürt. Über der persönlichen Willensmeinung des Kaisers steht das Reich und das Wohl des Volkes. (Lebhaftes Bravo! b. d. Ant.)

armen mögen. Er hatte nicht einmal mehr gemerkt, daß Fluth noch bei dem ersten Glase war.

„Es ist ein altes, renommiertes Geschäft, das Ihrige, Herr Bäuerle.“ „Sag Fluth nach einer kleinen, beschaulichen Pause das Gespräch wieder an.“

„Ja,“ gab Bäuerle zurück, „wissen Sie — eigentlich bin ich im Zweifel zu der Firma da gekommen! Na — je blüht — je blüht auch unter meiner Führung weiter, da läßt sich nichts gegen einwenden. Aber — ich bin, — wie gesagt, dar als so, — ich möchte behaupten, im Schlafe reingeschlitten.“

„So?“ fragte Fluth interessiert; „wie kam denn das, Herr Bäuerle?“

Der kleine Dicko nippte behaglich schmunzelnd an seinem Glase und antwortete noch nicht gleich. Dann machte er jedoch ein geheimnisvolles Gesicht, rückte etwas näher zu August Fluth heran und flüsterte diesem zu:

„Ja, sehen Sie, Herr Fluth, biß Gluck alleine war's eben nicht, daß ich hier Besitzer wurde, — es war hauptsächlich, weil's mir damals an der nötigen Courage nicht fehlte.“

„Kann ich mir denken, Herr Bäuerle, Sie machen den Eindruck eines solchen Mannes, — außerdem, der Ruf, den Sie genießen, — Proßt, Herr Bäuerle; ich schäme mich sehr glücklich Ihre Bekanntschaft gemacht zu haben“, schmickelte August Fluth, dem nur daran lag, die Gesprächsluft und die Güte des Alten rege zu erhalten. „Also, wie ging es zu, daß Sie Besitzer dieses Hauses wurden?“

„Ja, sehen Sie —“ „Sag Bäuerle wieder mit gedämpftem Ton an, das ist ne höchst geheimnisvolle Geschichte.“ „Es war nämlich zu der Zeit damals hier noch ganz geheimer. Ich spulte, Herr Fluth; Sie mögen's nun glauben oder nicht, aber wahr ist es und bleibt es. Ich bin zwei Jahre lang Proturist gewesen beim verstorbenen Herrn Bruns — ich hab's selbst gesehen!“

„Was Sie sagen!“ warf August Fluth gespannt dazwischen; „das wäre ja wieder einmal ein interessanter Beleg für meine so verachtete Anschauung, daß Vergangenes, oder Abgeschiedenes in unsere Gegenwart hineinragt und öfter, als wir denken, Geschichte macht, bei denen sich den gewöhnlichen Menschen die Haare sträuben. Denn, Spul, Herr Bäuerle, ist doch nur so ein Geist von einem Wesen, das mal gelebt hat und nur in schattenhaften Umrisen wieder durch die Räume des Hauses steht.“

„Ach, Sie denken wohl an den seligen Hamlet oder Macbeth, denen die Geister der Umgebrachten auf der Bühne

erschienen sind? Ja, Gott ja, Herr Fluth, wer weiß's, wem sein Geist es war, — darüber habe ich noch gar nicht mal so nachgedacht! Hören Sie, Herr Fluth, Sie bringen mich da auf 'n Gedanten: Ob wohl der selige Herr Bruns, mein Vorgänger, auch so einen auf'm Kerbholz hatte, der nur so als persönliches Gewissen, wie bei Shakespeare, vor ihm aufgetreten ist? Denn, denken Sie, Herr Fluth, mit dem Tage, wo ihm der Tod ereilt hat, — er ist nämlich schändlich ermordet worden, — da ist der Spul aus'm Hauwe verschwinden; tatsächlich reinweg verschwunden.“

„Wie sah das Gespenst aus?“ fragte Fluth, halb belustigt, halb interessiert.

„Nu, wissen Sie, aussehen tat es eigentlich gar nicht, was man 'n richtiges Gespenst nennt, das war's nicht! Es war, — sehen Sie, — hier vom Fenster aus können Sie's bemerken, — das Haus hier bildet nämlich ein großes Viereck mit einem Innenhof in der Mitte, und rings um den Hof herum laufen in allen vier Flügeln die Korridore von allen drei Stockwerken. Früher ist das Ganze vielleicht einmal 'n Kloster gewesen; es hat wenigstens den Anschein. Damals haben wohl alle vier Flügel in Zusammenhang gestanden, aber später hat man diesen vorderen Bau, in dem meine Wenigkeit jetzt haust, von den übrigen dreiflügeligen trennt, die Türen zugemauert und jede Verbindung aufgehoben. Dort in dem Flügel nu, von hier aus rechts — im Korridor vom zweiten Stockwerk — da hat der Spul sein Wesen getrieben. Wie gesagt, 'ne regelrechte Gestalt hat er nicht gehabt; so 'n richtiges Gespenst war's nicht. Nur immer so 'n ganz unbestimmter Lichtschein, der vor den Fenstern vorbeigehuscht ist, — oder es ist auch wohl stillgestanden, und es hat ausgesehen, als wenn die Fenster Scheiben von sich heraus leuchteten. Gehört hat man nie was — keinen Ton. Aber so unheimlich ist die Geschichte gewesen, weil der Flügel da nur zu Lagerräumen benutzt wird, und weil er mit einer einzigen Tür vom Hofe aus zugesperrt werden kann, die auch immer pünktlich um sieben Uhr zugeschlossen wurde.“

„Das ist sonderbar! Und Sie haben es selbst gesehen?“

„Nu, freilich. Aber nur solange, wie Herr Bruns lebte. Wie ich denn selber die Firma übernahm — lieber Gott! — ging alles drunter und drüber in der Zeit — da habe ich so ganz heimlich aufgepaßt, ob zu nicht einmal ein wirklicher Geist mir erscheinen würde; so ganz ohne Grusel war mir doch nicht zumute, wenn auch kein Mensch hinter meiner äußerlichen Seelenruhe ahnen konnte. Und als ich nu so vier, fünf Nächte vergebens auf 'n Gespenst gelaunt hatte, und auch der Nichtigkeit sich nicht mehr zeigte,

da sagte ich mir: siehste, Balthasar, 's is doch nicht so ohne mit deiner Unschuld und Lauterkeit; dich, Balthasar, läßt der Geist in Frieden. Ja, Herr Fluth, — so 'n Lebenswandel, — der hat sein Gutes und sein Schlimmes in 'n Folgen.“

„War denn der Lebenswandel des Herrn Bruns ein schlimmer?“ fragte August Fluth scheinbar ganz harmlos.

„Na, — ich sag's Ihnen im Vertrauen, Herr Fluth, — der Mann ist tot, und Tote soll man ja eigentlich mit allem, was drum und dran hängt, liegen lassen. Aber was zu arg war, das war zu arg; und dem seine Geschichten, die sind eben nicht mit gestorben. Sehen Sie, der alte Bruns, das war einer, dem war 'n Himmel und Hölle egal, wenn er nur leben konnte, wie es ihm behagte. Und alles und jeder auf der Welt mußte bloß allene für ihn vorhanden sein, wo einer mal 's sagte, wenn Herr Bruns 'n meinte, dann hieß es gleich: zum Teufel scheren! — ja — der eigene, leibhaftige Sohn von ihm kann 'n Liedchen davon singen.“

„Und die Frau?“ fragte Fluth — „seine Frau? — Wie stand er sich damit?“

„Das mögen die Götter wissen — ich aber weep's nicht, denn sie lebte nicht mehr, als ich dazumalen antrat. Auch der Sohn, der war ebenfalls schon aus dem Hause raus; na, und so trieb's denn der alte Sünder wies ihm gerade paßt. Ja, sehen Sie, und die Weibchen — die Weibchen! Das war auch so 'n Gebiet, worauf er sich heimisch fühlte. Eine, — die war immer um ihn herum, ne schöne Person wars, Herr Fluth, das muß man sagen — ich selbst, so schüchtern ich sonst im Hintergrund mich verhielt, hätt' sie ihm gern weggeschminkt und nur mal dran gebissen, — aber mich, — du lieber Gott, — mich hätte die gar nicht mal wahrgenommen, erstens nicht wegen der Persönlichkeit und zweitens — ich meine hauptsächlich — wegen der Vermögensverhältnisse; Sie müssen nämlich wissen, der Alte, weil er wie nährlich in das hübsche Ding verschossen war, hatte ihr einen großen Haufen Geld vermacht, ursprünglich aus Wut über seinen Sohn, den er enterbt hatte, weil der Mensch das Malheur hatte, einen Künstlerdrang in sich zu spüren. Das Mädchen aber kam jeden gefühllosen Nachmittags über Abend, — es hieß, daß sie die Wokleserin des Alten wäre; na ja, das Kind mußte eben 'nen Namen haben; dabei will ich aber über das schöne Frauenzimmer nichts Ungünstiges geäußert haben.“

(Fortsetzung folgt.)

geigt uns, daß das Parlament doch nicht so ohnmächtig ist, wie man bisher geglaubt hatte. Die Szene ward zum Tributmal. Möge die Gerechtigkeit bei großen Gefahren sich stets erneuern. Der sozialdemokratische Redner hat sich erfreulicherweise von allen utopistischen Vorschlägen ferngehalten. Bis in die Bundesratskreise und in die Offiziersstufen hinein freut man sich darüber, daß im Reichstage die Meinung des Volkes offen ausgesprochen werden kann. Derselbe Mann, der keine Schwarzfächer dulden will, schafft Millionen Schwarzfächer. (Sehr gut! links.) Der Reichskanzler sprach demütig. Inzwischen bei gedämpftem Trommellang. Er hat ja manches nicht gelesen (Weiterkeit), und es sahien so, als ob er auch die Interpellationen nicht gelesen habe (erwachte Weiterkeit), denn beantwortet hat er sie nicht. Er bezweifelt, daß die Darstellung des Daily Telegraph in allen Einzelheiten richtig ist. Hat etwa auch der Kaiser das Interview nicht gelesen? (Große Weiterkeit.) Wenn die Sache mit dem Feldzugsplan nicht stimmt, warum rühmte sich denn der Kaiser gerade dieses Feldzugsplanes? Der Kanzler sagt, die Kräfte sind zu stark aufgetragen. Ja, wer hat sie denn so stark aufgetragen? (Sehr gut! links.) Wir schließen uns den Erklärungen der anderen Parteien über unser Verhältnis zu England an, und wir erklären darüber noch hinaus, daß das englische Volk Einrichtungen besitzt, um die wir es gerade jetzt am meisten beneiden. (Sehr richtig! links.) Die Äußerungen über Ostien sollen falsch sein, sie waren aber trefflich zu dem bekannten Telegramm des Admirals des Atlantischen Ozeans an den Admiral des Stillen Ozeans. (Sehr gut!) Jetzt scheint der Admiral des Atlantischen Ozeans auch Admiral des Stillen Ozeans werden zu wollen. (Allgem. St.) Wir zweifeln nicht an der lauterer Vaterlandsliebe des Kaisers, wohl aber an der Brauchbarkeit seiner Mittel. Ein Wehrer der Sympathien für Deutschland ist der Kaiser nicht gewesen. Nach Fürst Bülow soll der deutsche Kaiser kein Schattenkönig sein, aber er soll auch kein Sonnenkönig sein. (Sehr richtig!) Die Überzeugung, daß der Kaiser von jetzt an mehr Zurückhaltung üben werde, beruht auf einer Vermutung, die schon oftmals getäuscht worden ist. (Zustimmung.) Der Kanzler sprach von schweren Tagen, waren es auch schwere Tage für den Kaiser? (Sehr gut! links.) In Österreich soll der Kaiser gefagt haben, er hoffe, die parlamentarischen Schwierigkeiten überwinden zu können. (Lebhafte St., hört! links.) Das Parlament hat niemals Schwierigkeiten gemacht in auswärtigen Angelegenheiten. (Leider! b. d. Soz.) Die Schwierigkeiten sind durch andere Faktoren entstanden. (Sehr richtig! links.) Der Kanzler sagte: niemand werde die Verantwortung übernehmen, wenn die erwartete Zurückhaltung des Kaisers ausbleibe. Ein schönes Wort, aber leider ist es schon einmal ausgesprochen. (Sehr gut! links und Weiterkeit.) Ich wiederhole die bisher unbeantworteten Fragen der Interpellanten: Ist der Kanzler in der Lage, für die Zukunft ähnliche Vorkommnisse zu verhindern? Das Prinzip des Absolutismus, zu dem sich der Kaiser im goldenen Buche von München bekannt hat, ist nicht geeignet, selbständige Staatsmänner heranzuziehen. — Schuld an der verhängnisvollen Entwicklung trägt auch die byzantinische Presse und das Volk, welches diese Presse liest. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Verfahren des englischen Veröffentlichers des Interviews erinnert an die bekannte Fabel vom Fuchs, der das schöne Singen des Raben lobt und ihn dadurch veranlaßt, sein Singorgan aufzumachen. (Schallende Weiterkeit.) Ohne Verfassungsänderung kann eine kraftvolle Parlamentarität den Übergang Deutschlands zur wirklich konstitutionellen Regierungsform erzwingen. Die Stellung eines Kanzlers, der sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, wird eine ganz andere sein, als die eines Mandatars des kaiserlichen Einzelwillens. (Sehr gut! links.) Eine Parlamentsmehrheit stärkt das Rückgrat des Kanzlers. Ja, sagt man, wir haben gar keine Mehrheitspartei. Nun, dann müssen gerade die Ereignisse der neuesten Zeit zur Schaffung einer solchen Mehrheit führen. Auch die Konservativen werden eingestehen müssen, daß uns die große Beschämung erspart geblieben wäre, wenn wir konstitutionelle Zustände in Deutschland hätten. (Sehr wahr! links.) Als der konservative Redner erklärt: wir halten uns an den Reichskanzler, weil der die Verantwortung trägt, stellte er sich im Grunde auf parlamentarisch-konstitutionellen Boden. Von Ihnen, meine Herren von der Rechten, hängt jetzt viel ab. Auch Sie haben sich gegen das persönliche Regiment erklärt. Und ist es denn schließlich nicht die Monarchie, die den schwersten Schaden von der Erbitterung daonträgt, die das persönliche Regiment schafft? Bringt es dieser Reichstag nicht zur Einführung konstitutioneller Regierungsweise, so wird der nächste Wahlkampf unter dieser Parole stattfinden. (Lebhafte Zustimmung links.) Vielleicht läßt sich doch noch ein gemeinsamer Schritt des Reichstages ermöglichen. Man könnte sogar die Formulierung der bekannten konservativen Kundgebung annehmen. (Lebhafte Widerspruch bei den Soz.) Es wäre das ein ehrlicher Versuch, eine Wandlung mit dem Kaiser herbeizuführen. Möge Deutschland durch dies Trauerspiel geläutert werden. (Lebh. Beifall bei den Freis.)

v. Saff-Haworski (P.) verliest eine Erklärung, die unverständlich bleibt.
Seine (SD.): Die Erklärung des Reichskanzlers war ein äußerst geschickter Gieranz, und als solcher vergnüglich anzufassen. Damit ist aber auch ihre Bedeutung erschöpft. Am sonderbarsten war, daß nichts über Casablanca drin stand. Tagelang suchte man durch den Casablanca-Särm die öffentliche Meinung von dem Wichtigsten abzulenken. — Krieg wegen dieser Bagatelle. Jetzt ist ja glücklicherweise die Sache beigelegt und man hat eine Vergleichsformel gefunden, ohne irgend einen alten Praktiker von Richter bemühen zu müssen, der aus den Rechtshandeln der Müller mit der Schulen eine gewisse Routine im Finden von Vergleichsformeln gewonnen hat. (Große Weiterkeit.) Man hat in einer parlamentarisch gar nicht zu qualifizierenden Weise mit dem Frieden gespielt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich will, obwohl Vorgänge wie bei dem Tauschprozeß es mir schwer machen, die Richtigkeit der Darstellung des Reichskanzlers über die Forderungen im Auswärtigen Amt annehmen. Aber auch dann bleibt ein erhebliches Verschulden des Reichskanzlers bestehen. Er wußte, daß das Manuskript vom Kaiser kam, er wußte, daß es in einer englischen Zeitung erscheinen sollte, er wußte, daß der Kaiser die Veröffentlichung wünschte. So trifft ihn ein Verschulden, das an Vorfall grenzt. In bezug auf den Inhalt ist alles Wesentliche zugestanden, und nur Außerlichkeiten werden bestritten. Es ist ziemlich gleichgültig, wie weit der Feldzugsplan detailliert war. Lord Roberts hat ihn nicht benutzt. Hoffentlich haben wir immer so viel Glück mit solchen Feldzugsplänen. (Lebhafte sehr gut und Weiterkeit bei den Soz.) Gestern hat der Kanzler auf einen Artikel der „Deutschen Revue“ verwiesen, um den Nachweis zu führen, daß die Mitteilungen über die Schritte Frankreichs und Russlands während des Burenkrieges nichts besonders Neues enthielten. Der Artikel gleicht in Tendenz und Inhalt auffällig dem Artikel im „Daily Telegraph“. Und dieser Artikel stammt aus dem Auswärtigen Amt. (Lebh. St., hört! links.) Hat etwa der Reichskanzler diesen Artikel veranlaßt oder gebilligt? Wie

mand. Aber mit dem guten Willen ist es nicht getan. Er glaubt in allem Ernst durch Erzählungen von all dem Guten, was er den Engländern getan hat, das Kräfte-Telegramm in Vergessenheit zu bringen. Der Kaiser sieht sich von den Engländern verkannt und wird sich auch wahrscheinlich vom Reichstage und vom ganzen deutschen Volke verkannt fühlen, wie denn überhaupt das Gefühl des Verkanntseins ganz naturnotwendig der uns nimmere seit 20 Jahren wohl bekannten kaiserlichen Psyche entspringt. (Sehr gut! links.) Er sieht sich auch von den Arbeitern verkannt. Da ist es vielleicht gut, an alle seine Äußerungen zu erinnern. Jeder Sozialdemokrat ist ein Reichs- und Vaterlandsfeind — „Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“ — „Vaterlandslose Gesellen“ usw. Dazu die Drohungen mit Schießen usw. Und dann wundert sich der Kaiser noch, daß man seinen guten Willen nicht anerkennt. Die Maßnahmen, die mein Parteigenosse Singer gestern vorschlug, bewegen sich sämtlich auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und lassen auch die monarchische Staatsform durchaus nicht an. Als wir 1900 anfänglich der kaiserlichen Chinarde einen ausgearbeiteten Gesekentwurf über Ministerverantwortlichkeit einbrachten, höhnte die ganze bürgerliche Mehrheit darüber wie über eine blödsinnige Idee. Als dann wieder im Jahre 1905 Kaiserreden die Öffentlichkeit aufregten, beantragten wir, daß wenigstens in einer Resolution eine wirksame Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gefordert werde. Ich begründete damals unsern Antrag und wies auf das Regieren bald von hier bald von dort, heute vom Schiff, morgen vom Eisenbahnwagen (Zuruf übermorgen vom Luftschiff! Weiterkeit) hin, aber kein Redner einer anderen Partei sprach und unser Antrag wurde niedergestimmt. Heute aber ruft die ganze politische Welt nach Festlegung der Verantwortlichkeit. (Hört, hört! b. d. Soz.) Damit ist dem Volke nichts gedient, daß der Kanzler freiwillig die Verantwortung für alle Kundgebungen des Kaisers übernimmt. Es kann einmal ein anderer Kanzler kommen, der dann sagt: was geht das mich an, mich geht das gar nichts an! (Weiterkeit.) Was not tut, das ist gesetzliche Festlegung. Auch muß der Reichstag fordern, daß ihm alle Reden und Schriftstücke des Kaisers in authentischer Form als Weißbüchse vorgelegt werden. (Sehr richtig!) Wenn die großen Verdienste, die Herr v. Heydebrandt gestern dem Reichskanzler nachgerühmt hat, Verdienste um das ganze Volk statt nur um die Junkerklasse gewesen wären, selbst wenn wir wüßten, daß ein viel schlechterer und unfähigerer an die Stelle Bülows treten würde, selbst dann müßten wir den Rücktritt des Kanzlers fordern, um dem Kaiser zu zeigen, daß sich kein Kanzler halten kann, der nicht seinen persönlichen Neigungen energisch entgegentritt. Wenn erst drei oder vier Kanzler auf diese Weise verschwunden sein werden, wird der Kaiser dadurch befehrt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Forderung Singers, daß der Reichstag die Entscheidung über Krieg und Frieden haben soll, müßte von allen überhaupt vollständig einfindenden Kreisen unterstützt werden. Ist es doch das Volk, das mit Gut und Blut Kriege zu führen hat. Also müssen auch die gewählten Vertreter des Volkes über Krieg und Frieden entscheiden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn die Mehrheit gewillt ist, die Einführung des Parlamentarismus zu erkämpfen, so bietet ihr die Reichsfinanzreform eine gute Waffe. Der Abg. Hausmann schien zu unserer Freude zu einer solchen Politik bereit. Seit den Tagen der Magna Charta haben alle Parlamente der Welt mittels des Geldbewilligungsrechtes Erweiterung ihrer Macht erkämpft. (Sehr wahr! links.) Der Block hat nichts zu befürchten, wenn er energisch ist, denn eine Reichstagsauflösung unter der Parole „für den Kaiser und 300 Millionen neue Steuern dürfte denn doch die Regierung nicht wagen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Gesetze allein machen es mal nicht. Es muß dann hinzutreten ein energischer politischer Wille, sich das persönliche Regiment nicht länger gefallen lassen zu wollen und hier treffen wir auf die Mittelschuld aller bürgerlichen Parteien. Der Geist Bismarcks ist hier heraufbeschworen worden. Aber gerade Bismarck hat durch seinen Erlaß vom 4. Januar 1882 das persönliche Regiment eingeführt. Damals jubelten gerade die Antisemiten, die heute über das persönliche Regiment seufzen. Der jetzige Kaiser fußt auch in den Traditionen des persönlichen Regiments und Bismarck, der Einführer der Handlangertheorie, fiel als Opfer eben dieser Theorie. — Ein Akt der Nemesis, wie er nur selten in der Geschichte vorgekommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dann aber hat auch die Fortschrittspartei mit dem persönlichen Regiment gedroht und mit Äußerungen Kaiser Friedrichs getrieben. Und das Zentrum frage ich: Wer war der Präsident des Reichstages, der in Ehrfurcht erstarb? (Sehr gut! links.) Und der Block? Ist er nicht in der Wahlnacht 1907 zum Schloß gezogen? (Sehr gut! b. d. Soz.) Ihr seid allzumal Sünder. (Stürmische Weiterkeit.) Nur die Sozialdemokratie hat sich stets vom Byzantinismus ferngehalten, und sich auch durch die bekannten Februarerlasse von 1890 nicht dazu verführen lassen. Der Byzantinismus weiter Kreise und die Prinzenerziehung schaffen gefährliche Klippen für die Monarchie. Der Kaiser spricht über alles, Kunst und Wissenschaft und Politik; er verfügt über Denkmäler und die Plätze, wo sie aufgestellt werden sollen. (Weiterkeit.) Er wählt über die Köpfe seiner Minister hinweg Persönlichkeiten für die wichtigsten Posten aus, die Minister lassen sich das ruhig gefallen. Der Kanzler aber stellt sich hierher und sagt, der Kaiser ist kein Philister. Wahrscheinlich ist hier der Ausdruck „Philister“ im Korpsstudentensinne gebraucht, als Bezeichnung für einen Menschen, der statt aus Papier zu schlagen und zu raseln, fleißig arbeitet und nur über das redet, was er versteht. In diesem Sinne mag ja das Wort des Kanzlers richtig sein. (Weiterkeit links.) Wir haben uns ja allmählich an dieses schändliche Dilettantentum gewöhnt. (Fürst Bülow erscheint nach längerer Abwesenheit wieder im Saal.) — Die Presse hat diesmal ihre Schuldigkeit getan. Sonst war es nicht so. Die bürgerlichen Zeitungen haben sich oft genug so elchastem Byzantinismus überboten und gerührt berichtet, wie der gebildete und ungebildete Böbel die weggeworfenen kaiserlichen Zigarettenstummel sammelt. (Weiterkeit bei den Soz.) Das könnten selbst stärkere Geister als der Kaiser nicht aushalten. Debatten und Beschlüsse können nichts ändern, wenn man nicht draußen lernt, dem Kaiser gegenüber eine nützige Haltung einzunehmen. Durch den Kaiser ist endlich einmal eine Nationaleinheit herbeigeführt worden, freilich nur eine negative Einheit, die Einheit in einer großen nationalen Entrüstung. Ich wollte, die Nation käme einmal zu einer großen nationalen Tat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für uns hätte es nahegelegen, etwas wie Schadenfreude zu empfinden. Aber angesichts der beschämenden Lage des deutschen Volkes erstarb die Schadenfreude. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine gewisse Genugtuung empfinden wir freilich, jahrzehntelang haben wir allein auf dem Posten gestanden gegen das persönliche Regiment. (Lebhafte Widerspruch bei den Freis.) Die Herren vom Block protestieren. (Lachen bei den Soz.) Einzelne Mitglieder der Blockparteien haben das persönliche Regiment bekämpft, nicht die Blockparteien im ganzen. Wir sind gern bereit, alle Anstrengungen zum Sturze des persönlichen

Wiemers Akt können wir freilich nicht brauchen. (Weiterkeit.) Herr Hausmann kam auf den Gedanken einer Adresse an den Kaiser zurück. Ich könnte mir die Möglichkeit einer kräftigen Adresse vorstellen, der auch wir zustimmen könnten. Aber eine Adresse, der das Manifest der konservativen Parteileitung zugrunde gelegt werden soll, kann von wahrhaft demokratischen Männern nicht unterzeichnet werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Mit ein bißchen mehr Zurückhaltung ist uns nicht gedient; was wir brauchen sind konstitutionelle Garantien. Mit einer ehrfurchtsvollen Adresse an den Kaiser darf diese Beratung nicht schließen, deren Wirkung auf den Kaiser ich nicht allzu hoch anschlage, deren Wirkung im Lande aber jahrelang fortdauern wird. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)
Stellvertreter des Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kinderlen-Wächter: Der Apparat des Auswärtigen Amtes hat jahrelang glänzend geklappt. Darum sollte man nicht so harte Worte brauchen, wenn er in einem Teil verlagert. (Lachen links.) Die Arbeit hat sich vereinfacht und es mußten meist neue Beamte eingestellt werden, die sich erst einarbeiten müssen. (Lautes Gelächter links.) Im Auslande wird viel weniger exakt gearbeitet als bei uns. (Sturm. Gelächter links.) Wenn Sie wüßten, wie vorzüglich bei uns gearbeitet wird, würden Sie unsere Arbeit nicht verkleinern. (Anhalt. Gelächter links und im Zentrum.) Nehmen Sie unseren Beamten nicht die Schaffensfreude. (Bravo! rechts, langanh. lautes Lachen links.)
v. Dirksen (Rp.): Ich habe 22 Jahre im Auswärtigen Amt gearbeitet und kann bestätigen, daß dort sehr fleißig gearbeitet wird. Aber die vorgekommenen Fehler will ich nicht beschönigen. Redner macht detaillierte Vorschläge für Reformen im Auswärtigen Amt. Von der Beratung des Antrages auf Überreichung einer Adresse an den Kaiser versprechen wir uns nichts.
v. Oldenburg (R.): Der Adresse an den Kaiser stimmen wir aus demselben Grunde nicht zu, aus dem heraus wir uns an der Debatte nicht beteiligt haben, weil eine solche Adresse eine Kritik an den Handlungen des Kaisers bedeuten würde, die wir dem Reichstag verfassungsmäßig nicht zuerkennen. (Lachen links.) Für Sie ist der Kaiser eine Einrichtung, für uns eine Person. Wir werden ihm in alter Treue dienen, die mit ihm noch nie verlagert haben. (Lebh. Beifall rechts. Gelächter links.)
Lattmann (Wirtsch. Bgg.): Wir wollen mit unserer Adresse dem Monarchen die Gefühle des Volkes rückgratlos (Sturm. minutenlange St. i. ganzen Saale), ich meine rückgratlos darlegen.
Präsident Graf Stolberg: Die Besprechung ist geschlossen. (Zurufe b. d. Soz.: Und Bülow?)
Wiemer (Freis. Rp.): (persönlich) weist die Behauptung des Abg. Heine zurück, daß seine politischen Freunde nicht von jeher mit aller Entschiedenheit das persönliche Regiment bekämpft hätten. Sein Zuruf: „Sie brauchen wir nicht dazu!“ sollte bedeuten: „Sie brauchen wir nicht, um zu wissen, daß wir das persönliche Regiment zu bekämpfen und für ein konstitutionelles Staatswesen zu kämpfen haben.“ (Sehr richtig! b. d. Freis.)
Raab (Wirtsch. Bgg.) beantragt, auf die Tagesordnung für morgen den Antrag auf Überreichung einer Adresse an den Kaiser zu legen.
von Normann (R.) widerspricht dem Antrag aus prinzipiellen Bedenken.
Die Abgeordneten Müller-Meinigen (F. Bp.) und Singer (SD.) erklären, für den Antrag stimmen zu wollen.
Die Abgeordneten Baffermann (Matl.) und Dr. Spahn (Z.) wenden sich gegen den Antrag, da eine Einmütigkeit des Reichstages nach der Erklärung der Konservativen doch nicht zu erzielen sei.
Der Antrag Raab wird gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Sozialdemokraten, Freisinnigen, der Polen und eines Teiles der Nationalliberalen abgelehnt.
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Kleinere Vorträge.
Schluß: 6¼ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Eine Aussperrung hat der Arbeitgeberverband für die linksrheinische Metallindustrie über die Eisengießereien von Aachen und Umgegend verhängt. Vorläufig sind sieben Betriebe mit 300 Arbeitern von dem Gewerkschaft getroffen, an dem freie, christliche und Griech-Dumderliche Gewerkschaften beteiligt sind. Die Differenzen waren entstanden, als die Arbeiter der Eisengießerei Gd. Görres durch Einreichung der Klüftung die Zurücknahme der Wabregelung eines Formers verlangten. Trotzdem die Verbände nachher auf die Einstellung des Mannes verzichteten, führten die Unternehmer die Sperre dennoch durch. Sie halten offenbar die jetzige Zeit zu einem Schlage gegen die Organisation für vorzüglich geeignet. Zuzug nach Aachen und Umgegend ist streng fernzuhalten.

15 000 Bergleute müssen feiern. Die Zahl der Feierschichten nimmt zu. In den letzten Tagen wurden solche eingelegt auf den verschiedenen Bezelen bei Bochum, Dortmund und Warten, wodurch insgesamt 15 000 Bergleute zum Feiern gezwungen waren. Die Mißstimmung unter den Bergleuten wächst und findet ihren Ausdruck in der Anberaumung einer großen Anzahl Versammlungen für nächsten Sonntag.

Krise und Gewerkschaft. Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes schreibt zur Stärkung der Verbandskasse eine freiwillige Extrasteuer aus. Das Ausmaß nennt 40 Städte, in denen in den letzten Jahren Streiks aus Verbandsmitteln geführt wurden; zuletzt kostete der erfolgreiche Streik der Pforzheimer Gewerkschafter der Verbandskasse 80 000 Mk. Auch wurden aus Anlaß der Buchbinderaussperrung in Schweden Unterstühtungsbeiträge gegeben. Alles konnte die Verbandskasse leisten, aber jetzt gerät sie infolge starker Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung in Bedrängnis. Der Aufruf sagt: Es wurden verausgabt: 1906 an 2417 Mitglieder für 57 917 Arbeitslosentage 60 913 Mk., 1907 an 2809 Mitglieder für 78 828 Arbeitslosentage 82 508 Mk., dagegen 1908 allein in den ersten beiden Quartalen für 58 789 Tage 68 124 Mk., gegen 36 346 Tage und 39 290 Mk. im gleichen Zeitraum 1907. Wahrscheinlich werden wir in diesem Jahre insgesamt an Arbeitslosenunterstützung zirka 120 000 Mk. zu verausgaben haben, also ungefähr rund 40 000 Mk. mehr wie im Vorjahre. Mit dem 1. Oktober d. J. ist auch die Krankenunterstützung für männliche Mitglieder in Kraft getreten, insofern mit rückwirkender Kraft, als auch alle vor dem 1. Oktober 1907 geleisteten niederen Beiträge, die nicht auf Krankenunterstützung berechnet waren, jetzt mit in Anrechnung kommen. Da in Krisenzeiten infolge der geringeren Verdienstverhältnisse und der damit verbundenen schlechteren Ernährungsweise Krankheiten sich mehren, so werden wir auch in dieser Beziehung mit höheren Ausgaben als in normalen Zeiten zu rechnen haben. — Es sind Marken a 10 und 20 Pfg. ausgegeben worden; auch

erwartet der Verbandsvorstand Zuwendungen aus den
Lokalstellen.

Die Holzarbeiter in Swinemünde sind ausgesperrt
worden, weil sie sich eine Reduzierung der Akkord-
preise bis zu 40 Prozent nicht gefallen lassen wollen.
Der Zugang von Tischlern und Maschinen-
arbeitern nach Swinemünde ist streng fern-
zuhalten.

Eine große Kundgebung für die Arbeitslosen fand
am Sonntag in München statt. Zwei hundert besuchte Ver-
sammlungen im Kind- und Sackerbräu Keller, die von zirka
7-8000 Personen besucht waren, nahmen nach ausführlichen
Referaten der Genossen Garil und Fischer einstimmig eine
Resolution an, aus der wir folgende Punkte hervorheben
möchten. Schnellige Inangriffnahme von Ar-
beiten zu Tariflohnätzen, um den Arbeitslosen
Beschäftigung zu bieten. Schnellige Inangriff-
nahme von Kleinwohnungsbauten durch
Staat und Gemeinde. Verpflegung von
schulpflichtigen Kindern Arbeitsloser und
Unbemittelter aus Gemeindemitteln. Ge-
währung von Zuschüssen aus gemeindlichen und
staatlichen Mitteln an Vereinigungen, die ihren Mit-
gliedern bei eingetretener Arbeitslosigkeit
Unterstützung gewähren. Durchführung einer
fortlaufenden Arbeitslosenzählung. Baldige
Einführung einer Arbeitslosenversicherung durch
das Reich im Anschluß an die bevorstehende Änderung der
Arbeiterversicherungsgeetze.

Eine Prämie auf die Faulheit nennt die Deutsche
Arbeitsber-Zeitung die Einführung der Arbeitslosen-
versicherung. An der Arbeitslosigkeit in den Städten
sei weniger die schlechte Wirtschaftslage, sondern vielmehr die
Landtagitation der Sozialdemokratie schuld. Einmal un-
frieden gemacht, dränge alles nach der Stadt, überfülltere
hier den Arbeitsmarkt und bei Niedergang einer Geschäfts-
konjunktur schreie dann sofort eine Armee von Arbeits-
losen nach Staatshilfe. Es sei deshalb dringend not-
wendig, meint das Scharfmacherorgan weiter, der An-
häufung von unbrauchbarem Arbeitermaterial in der Stadt
einen Damm entgegenzubauen. Wie dieser Damm errichtet
werden soll, schlägt bereits die Landwirtschaftskammer für die
Provinz Brandenburg vor: Arbeiteransiedlung, Einführung
einer besonderen Prämienversicherung und vor allem
Einschränkung der Freizügigkeit der länd-
lichen Jugend. Dem schließt sich die „D. N. Z.“ voll
und ganz an. Denn „ein Feind des Volkes wäre
derjenige, der für diese (Arbeitslosen-)
versicherung eintreten wollte, ohne als
ihr Korrelat die sinngemäße Eindämmung
des Mißbrauches der unbeschränkten Frei-
zügigkeit einzustellen.“ Damit aber nicht genug.
Um des Erfolges ganz sicher zu sein, wird zum Schluß auf-
gefordert, einen sich über ganz Deutschland erstreckenden
Verband landwirtschaftlicher Arbeitgeber
zu gründen, um eine größere Einheitlichkeit in die Ver-
strebungen zur Bekämpfung der Landflucht zu bringen. —
Also mit einem neuen Scharfmacherverband und einem
neuen Knebelgeße wollen die Scharfmacher die Arbeits-
losenfrage lösen.

Gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik. Die Magde-
burger Gewerkschaften haben im Oktober d. J. eine Stati-
stik über die Arbeitslosigkeit in ihren Reihen aufgenommen.
Bis auf drei kleine Zahlstellen ging von den Zahlstellen aller
Verbände Material ein. Es geht daraus hervor, daß die
Arbeitslosigkeit während der drei Vierteljahre des Jahres
1908 die des ganzen Jahres 1907 weit übersteigt. Im
Jahre 1908 waren schon 7073 Arbeiter arbeitslos gegen 6176
im ganzen Jahre 1907. Arbeitslosentage wurden 141 781
(1907: 101 101) festgestellt, wobei noch zu beachten ist, daß
einmal die Karenztage vor Beginn der Unterstützung und
dann auch die Arbeitslosentage der Nichtbezugsberechtigten
und Ausgesteuerten nicht mitgezählt werden konnten.
An Unterstützungen zählten die Gewerkschaften Magdeburgs
in den drei Quartalen 1908:

Arbeitslosenunterstützung	122 454,27 Mk.
Reiseunterstützung	15 227,01 „
Krankenunterstützung	123 244,20 „
Notfallunterstützung	7 394,30 „

Im ganzen Jahre 1907 wurden „nur“
82 803,10 Mk. Arbeitslosenunterstützung
16 974,68 „ Reiseunterstützung und
124 344,63 „ Krankenunterstützung
gezahlt. Die Zahl der Mitglieder der Magdeburger Ge-
werkschaften betrug am 30. September 1908 23 105. Das
bedeutet gegen den 31. Dezember 1907 einen Rückgang um
791. Die größten Gewerkschaften haben naturgemäß die
meisten Arbeitslosen aufzuweisen. Allen voran steht der
Metallarbeiterverband, der 61 650 Arbeitslosentage zählte;
dann folgten die Maurer mit 23 196, die Transportarbeiter
mit 10 236, die Buchdrucker mit 6347, die Holzarbeiter mit
6330, die Binnenschiffer mit 5715, die Fabrikarbeiter mit
5691 und die Maler mit 4610 Arbeitslosentagen. Alle übrige
Gewerkschaften zählten — mit Ausnahme der Zim-
merer (1851 Arbeitslosentage) — weniger als 1500 Arbeits-
losentage.

In den Zahlen kommt die außerordentliche Schärfe der
Krise klar zum Ausdruck. Was mag erst die allgemeine
Zählung der Arbeitslosen für Ergebnisse zeitigen, die vom
Gewerkschaftskartell, unterstützt von der Stadt, demnächst in
Magdeburg vorgenommen wird!

Konferenz bayerischer Gewerkschaftskartelle. Die 4.
Konferenz der bayerischen Gewerkschaftskartelle, die in Mün-
chen tagte, erledigte in zweitägigen Verhandlungen eine
Reihe wichtiger Fragen. Zuerst wurde über die Frage der
Organisation der Land- und Waldarbeiter verhandelt, wo-
rüber Segler referierte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt,
da es sich lediglich um eine orientierende Aussprache handeln
sollte. Dann sprach Simon-Münchener über die Arbeits-
losenfürsorge durch Staat und Gemeinde. Es wurde eine
Resolution angenommen, die die Kartelle verpflichtet, in
ihren Gemeinden die sofortige Inangriffnahme von so ge-
nannten Notstandsarbeiten zu fordern. Da aber durch diese
Notstandsarbeiten in der Regel nur den Bauarbeitern und
den ungelerten Arbeitern Beschäftigung angewiesen werden
kann, fordert die Konferenz die Bereitstellung von Mitteln
zur Unterstützung Arbeitsloser in Form von Zuschüssen an
die Gewerkschaften. Den Gewerkschaften wird zur Pflicht
gemacht, überall, wo sich die Möglichkeit bietet, Versamm-
lungen zu veranstalten mit der Tagesordnung:
„Die Arbeitslosigkeit und ihre
Eingwirkung auf die Arbeiter.“ Die bayerische Regierung
wird eine ständige Arbeitslosenfürsorge in die Wege leiten und
wird zu diesem Zweck von den Arbeitsämtern und den Ge-
werkschaften monatliche Nachmeldungen über Stellenangebot
und Nachfrage, sowie das Material über die Arbeitslosig-
keit einholen. Die Erhebung soll sich auf 16 bayerische Städte,
in jedem der 8 Regierungsbezirke 2, erstrecken. Die Kon-
ferenz beschloß, daß die Kartelle diese Nachmeldungen zu sam-
meln und monatlich an den Münchener Gewerkschaftsverein,
der als Zentralstelle der freien Gewerkschaften eingerichtet
wurde, zu senden sind, von wo sie an das bayerische Sta-
tistische Bureau übermittelt werden. Endlich wurde be-
schlossen, für das Jahr 1908 eine Arbeitslosenfürsorge zu ver-
anstalten, und von der Münchener Zentralstelle bearbeiten
zu lassen. Weiter wurde die Frage „Gewerkschaften und
Genossenschaftswesen“ behandelt. In der beschlossenen Re-
solutions heißt es: „Das Genossenschaftswesen ist zu einem
Hebel zur Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer ge-
sellschaftlichen Abhängigkeit auszugestalten. Zu diesem Zweck
haben die Konsumvereine u. a. darauf Rücksicht zu nehmen,
daß beim Warenbezug nach Möglichkeit nur solche Firmen
berücksichtigt werden, in denen angemessene bzw. tarifliche
Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen. Produktivgenossen-
schaften sind in erster Linie zu berücksichtigen. Warenbezug
aus Strafanstalten ist ganz auszuschließen, die Heimarbeit
nach Möglichkeit zu bekämpfen. Die Eigenproduktion ist als
vornehmstes Ziel zu betrachten und mit allen Mitteln anzu-
streben.“ Die Gewerkschaftskartelle werden verpflichtet in
den Gewerkschaften tatkräftig für die Konsumvereine Pro-
paganda zu machen, aber auch Sorge zu tragen, daß die
Beschlüsse der Aufsichtsräte vom wirklichen genossenschaft-
lichen und gewerkschaftlichen Geiste erfüllt sind. Die Kon-
ferenz protestiert ferner gegen die Sonderbesteuerung der
Genossenschaften. Zum Schluß der Tagung forderte die
Konferenz, daß überall da, wo sich die Möglichkeit bietet, für
Errichtung von Bezirksgewerbegerichten gewirkt werde.

Aus der Fraktionsführung. Als Redner für die Finanz-
reform sind von der Fraktion die Genossen Geuer,
Südekum und Emmel, als Redner für das Befol-
dungsgeetz Singer und Emmel und als Redner für die
Interpellation des Zentrums — betr. schwarze Listen —
Sache bestimmt.

Vom Fortschritt der Presse. Der Druck der Schwä-
bischen Tagwacht zu Stuttgart soll demnächst in eigener Druckerei erfolgen. Für den Betrieb
ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet wor-
den, die dieser Tage ins Handelsregister eingetragen wurde.
Der Gesellschaft gehören an: Rudolf Behr, Karl
Sperka, Karl Hildenbrand, Fritz Gbert (Berlin),
Gottl. Fischer (Kannstatt), Wilhelm Keil, Georg
Reichel und Otto Wasner. Rudolf Behr wurde
zum Geschäftsführer, Karl Sperka und Karl Hilden-
brand zu Stellvertretern der Geschäftsführern der Firma be-
stimmt. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25 000
Mk.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Beitrag zur Ehrenmännerliste des Reichstagen-
verbandes. Vor der 5. Strafkammer des Dresdener Land-
gerichts hatte sich der 1875 geborene, konservative Partei-
sekretär Johannes Willy Kiebel wegen Unterschla-
gung zu verantworten. Er war früher Oberleutnant
beim Infanterieregiment 104 in Chemnitz. Seit dem 9. De-
zember 1907 war er Sekretär des konservativen Landes-
vereins für das Königreich Sachsen. Schon damals war er
stark überschuldet. Aber auch sein künftiges Einkommen
reichte zur Deckung seiner Lebensbedürfnisse nicht aus. Er
bekam jährlich etwa 1800 Mk. Militärv Pension, dazu 1200 Mk.
Gehalt vom konservativen Verein — mithin also jährlich
3000 Mk. Einkommen. Er hatte ein „Verhältnis“, ging in
seine Weinleipe, fuhr Automobil usw. Da reichten natürlich
die 3000 Mk. nicht aus. Kiebel unterließ nach und nach
gegen 3000 Mk. obendrein machte er noch Schulden. — Der
Staatsanwalt beantragte eine empfindliche Strafe, da ihn
seine beim Militär erhaltene Vorstrafe nicht gebietet habe
und weil er nicht aus Not, sondern aus Leichtsin und Lust
am Genuße gehandelt habe. Der Angeklagte bittet mit we-
niger Stimme um eine milde Strafe und verspricht, in Zu-
kunft ein ordentlicher Mensch zu werden. Das Urteil lautet
auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Der Briefdiebstahl im sächsischen Landtage. Wie er-
innerlich wurde Mitte voriger Woche ein Zirkular der Land-
tagsverwaltung für eine agrarische Wahlreform veröffentlicht.
Der nationalliberale Abgeordnete Langhammer gab zuer-
st von dem Vorhandensein dieses Zirkulars in einer Versamm-
lung in Chemnitz Kunde. Der konservative Landtagsabge-
ordnete Schmidt — der Urheber dieses Zirkulars — be-
hauptete sodann, daß ihm dasselbe aus seiner Aktentasche
im Landtage gestohlen worden sei. Der nationalliberale
Landtagsabgeordnete Langhammer wurde nun gestern vom
ersten Staatsanwalt am Landgericht Dresden über diese
Affäre vernommen. Er sagte aus: Sein Parteigenosse und
Landtagskollege Abgeordneter Kiebelmann habe den Brief auf
einem Tische gefunden und an sich genommen und ihn,
Langhammer, gefragt, was er damit soll. Langhammer habe
geraten, den Brief wieder an Ort und Stelle zu legen, aber
vorher Absehbild davon zu nehmen, da der Inhalt politisch
von großer Bedeutung sei. Ob auf dieses sonderbare Ver-
halten der nationalliberalen Abgeordneten weitere strafrecht-
liche Folgen eintreten, ist noch ungewiß.

Opfer der Kälte. In Leipzig wurde am Dienstag
vormittag auf der Treppe der vierten Etage eines Grund-
stückes in der Sternwartenstraße der stellung- und wohn-
ungslose 52 Jahre alte Kaufmann Hölte erfroren auf-
gefunden.

Die Leiche Andrees. Kapitän Storm von dem dani-
schen Schoner „Juga“, der sich am 30. September bei India
Siele auf Labrador befand, berichtet, daß Kapitän Chalker
vom amerikanischen Schiff „Belops“ auf einer Landtour im
nördlichen Teile Labradors unweit der Küste von
Kap Muggford ein einfaches Kreuz mit dem Namen
Andree gefunden hat. Unter dem Kreuz befanden sich die
Überreste einer Leiche sowie ein Kasten mit Papieren.
Der Kapitän entfernte das Kreuz, vernichtete aber jede Auf-
klärung über die Papiere. Die Fundstelle ist vollständig öde
und wird selten von Glettsch besucht. Wo die beiden Be-
gleiter Andrees geblieben sind, ist nicht bekannt. Die
im Kasten enthaltenen Papiere werden wahrscheinlich Auf-
schluß geben.

Schweres Unglück. Aus Deuthen wird berichtet:
Auf der Friedeshütte stürzte ein Gerüst bei Hochofen
Nr. 4 ein und begrub 15 Maurer. Bisher wurden
drei Tote und 9 Schwerverletzte geborgen.

Explosion. In Magdeburg wurden infolge der
Explosion eines Dampfessels des Elektrizitäts-
werkes sechs Angestellte durch ausströmende Dämpfe so
schwer verbrüht, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden
mußten.

Bei dem Zusammenstoß zweier Flüge, der sich bei
Littlewoods auf der New-Orleans and North-Castern
Railway ereignete, wurden elf Personen getötet und
viele verletzt.

Die Pest. Während des Oktober erkrankten auf der
Insel Terceira 50 Personen an der Pest, von denen
41 starben.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Mittwoch, 11. November.

D. Halland, Kapl. Kollberg, von Kopenhagen in 14 St.
Figurd, Kapl. Petersen, von Wlath in 3 1/2 T.
D. Thor II, Kapl. Jørgensen, von Naskoy in 8 St.
D. Stadt Stralsund, Kapl. Schröder, von Rostock in 6 St.
Severine, Kapl. Hanen, von Rostock in 12 St.
Christian, Kapl. Eschen, von Rostock in 12 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Mittwoch, 11. November.

D. Heils, Kapl. Mark, nach Gese.
D. Britannia, Kapl. Stoll, nach Emden.
Lowise, Kapl. Christensen, nach Malmö.
Fortuna, Kapl. Nielsen, nach Frederikshavn.
D. Luise, Kapl. Niedermeier, nach Albau.
Petter, Kapl. Wetterlund, nach Bergquara.

Schiffsbewegung.

D. Imatra ist Mittwoch morgen von Rotta nach Bismar
abgegangen.
D. Ma ist Mittwoch nachmittag von Trangsund auf
hier abgegangen.
Segler Johan ist Mittwoch nachmittag von Ruffö auf
hier abgegangen.
D. Stadt Lübeck ist Mittwoch vormittag in Memel ein-
getroffen.
D. Wiborg ist Mittwoch nachmittag von Rotta in Wis-
mar eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Hand-
werker und Gewerbetreibende
werden sauber und pünktlich aus-
geführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“.

Zu naturgemäßer Lebensweise gehört Kathreiners Malzkaffee.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

J. O. L.

Freitag, den 13. d. Mtz., abends 9 Uhr,
im Vereinshaus: Sitzung.

Statt besondeter Meldung.

Wölllich und unerwartet starb infolge Un-
glücksfalles mein lieber Mann, meiner Kinder
trennender Vater, unser lieber Sohn, Bruder
und Schwager Karl Krage im fast voll-
endeten 30. Lebensjahre. Auf's tieffste be-
trauert von den Seinen.

W. Helmine Krage Ww. nebst Kinder
und alle, die ihm nahe standen.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 13.
d. Mtz., morgens 9 1/2 Uhr, vom Trauerhause
aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Am 11. November verstarb nach schweren
Leiden unser Kollege, der Rutscher

H. J. C. Bentien

im 57. Lebensjahre.

Seine letzten Wunsche!

Der Vorstand.

Dienstag abend 10 1/2 Uhr entlichief sanft
unser einzige Tochter Anna im 10. Lebens-
jahre. Tiefbetrauert von ihren Eltern.

Konrad Fischer u. Frau,
geb. Bentlin.

Die Beerdigung findet am Sonnabend,
den 14. d. Mtz., vormittags 9 1/4 Uhr, von der
Burgortkapelle aus statt.

Ein gut möbliertes heizbares Zimmer
zu vermieten Meierstraße 5, H.